

# **„Für uns unverzichtbar: Soziale Gerechtigkeit“**



**Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord  
Herz- und Kreislaufzentrum  
Rotenburg an der Fulda  
23.04. und 24.04.2016**

## Vorläufige Tagesordnung der Bezirkskonferenz

**Samstag, 23. April 2016**

**Jugendherberge Rotenburg, Obertor 17, 36199**

**Rotenburg an der Fulda**

- bis 14.00 Uhr:     Anreise**  
**Danach Zimmervergabe**
- 14.30 Uhr           Beratung in Arbeitsgruppen**
- AG 1                Soziales (S), Innenpolitik (I), Gesundheit (G), Bildung  
                          (B), Internationales (IN)
- AG 2                Verkehr und Umwelt (V), Frauen (F), Arbeit und  
                          Wirtschaft (A), Organisation und Partei (O)
- 16.00 Uhr:           Kaffee und Kuchen**
- 16.30 Uhr:           Fortsetzung der Antragsberatung**
- 18.00 Uhr:           Abendessen**
- 20.00 Uhr:           Diskussionsveranstaltung zum Thema: „Wie  
                          kann gute Integration aussehen?“ mit Ernst-  
                          Ewald Roth, MdL, Sprecher für Flüchtlings- und  
                          Asylpolitik der SPD-Landtagsfraktion Hessen  
                          und Elke Kühnholz, Erste Kreisbeigeordnete des  
                          Landkreises Hersfeld-Rotenburg**
- 22.00 Uhr:           Gemütliches Beisammensein/Kneipentour**

**Sonntag, 24. April 2016**

**HKZ Rotenburg, Dr. Durstewitz-Haus, Festsaal, Heinz-Meise-Str.100**

10.00 Uhr: **Konstituierung**

- Wahl eines Präsidiums (3 Mitglieder)
- Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission (8 Mitglieder)
- Genehmigung der Tagesordnung
- Genehmigung der Geschäftsordnung

10.15 Uhr: **Grußworte**  
**Manfred Schaub**, SPD-Bezirksvorsitzender  
**Siegfried Richter**, Bezirksvorsitzender der AG 60 Plus  
**Weitere Grußworte**

11.00 Uhr **Referat zum Thema: „Armut, Reichtum und soziale Spaltung in Deutschland“ von Christian Woltering**,  
Referent für fachpolitische Grundsatzfragen beim  
Paritätischen Gesamtverband

Danach **Einbringung des Leitantrages**

Danach **Aussprache zu den Referaten und zum Leitantrag**

ca. 12.15 Uhr **Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstandes**  
Aussprache  
Bericht der Kontrollkommission  
Entlastung des Bezirksvorstandes

Danach **Antragsberatung und Wahlen**

13.00 Uhr **Mittagspause**

13.45 Uhr: **Antragsberatung und Wahlen**

**Wahlen:**

- Bezirksvorsitzende/Bezirksvorsitzender
- stellv. Bezirksvorsitzende/Bezirksvorsitzender (Bundesausschuss)
- stellv. Bezirksvorsitzende (7)
- Kontrollkommission (8)
- Bundeskongressdelegierte (10)
- Nominierungen

17.30 Uhr: **Schlusswort und Ende der Konferenz**

## Geschäftsordnung

1. Die Bezirkskonferenz wird von einem gewählten Präsidium geleitet, das aus drei Mitgliedern besteht: 2 Präsidium, 1 SchriftführerIn.  
Über die Bezirkskonferenz wird eine Niederschrift angefertigt. Der Versammlungsleitung stehen als Hilfsorgane eine Mandatsprüfungs- und Wahlkommission zur Verfügung.
2. Die Konferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der ordentlichen Delegierten anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit gilt so lange als vorhanden, bis das Gegenteil auf Antrag festgestellt wird. Die Feststellung der Beschlussfähigkeit obliegt dem Präsidium.
3. Das Wort wird in der Reihenfolge der eingegangenen Wortmeldungen erteilt. Mitglieder des Bezirksvorstandes müssen während des Tätigkeitsberichtes auch außerhalb der Reihenfolge gehört werden.
4. Anträge zur Tagesordnung können nur bis zur Beschlussfassung über die Tagesordnung gestellt werden.  
Anträge zur Geschäftsordnung sind jederzeit möglich. Zu jedem Geschäftsordnungsantrag kann nur je einE RednerIn dafür und dagegen das Wort ergreifen.  
Initiativanträge können nur dann zugelassen werden, wenn der Inhalt des Antrages auf einem besonders aktuellen Anlass basiert. Im Zweifel entscheidet die Konferenz ohne Sachdebatte über die Zulässigkeit eines Initiativantrages. Initiativanträge müssen von 15 Delegierten aus mindestens zwei Unterbezirken durch Unterschriften unterstützt sein.  
Änderungsanträge müssen schriftlich beim Präsidium eingereicht werden.
5. Die Redezeit der DiskussionsrednerInnen beträgt längstens fünf Minuten. Eine Verlängerung der Redezeit bedarf der Zustimmung der Konferenz.  
Der Antrag auf Schluss der Debatte ist jederzeit möglich. Er kann nur von Delegierten gestellt werden, die sich an der Aussprache zu der betreffenden Sache nicht beteiligt haben.  
Die Abstimmung über Anträge auf Schluss der Debatte erfolgt, wenn Gelegenheit zur Stellungnahme je einmal für und gegen den Antrag gegeben war.
6. Die Wahlen finden geheim nach der Wahlordnung der Partei statt.

## **ANTRAGSSPIEGEL**

### **S Soziales**

- |     |                                                                                                          |                                |
|-----|----------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------|
| S 1 | Die soziale Frage im 21. Jahrhundert-<br>Forderungen für eine progressive<br>sozialdemokratische Politik | Bezirksvorstand                |
| S2  | Schutzfunktion der sozialen<br>Sicherungssysteme erhalten                                                | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |

### **I Innenpolitik, Recht, Wahlen und Integration**

- |    |                                                                        |                                |
|----|------------------------------------------------------------------------|--------------------------------|
| I1 | Aktives und passives Wahlrecht am<br>Zweitwohnsitz ermöglichen         | Unterbezirk Fulda              |
| I2 | Keine Werbung für ausbeuterische<br>Sexarbeit                          | Unterbezirk Kassel-Land        |
| I3 | Lebensmittelverschwendung eindämmen                                    | Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg |
| I4 | Totalüberwachung verhindern- Gegen<br>das Bargeld-Verbot               | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
| I5 | Rechtsanspruch auf E-Mail-Verschlüsselung<br>staatlicher Institutionen | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
| I6 | Asylanträge in Botschaften                                             | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
| I7 | Wir haben nicht vergessen-<br>Whistleblower*innen endlich schützen     | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
| I8 | Legalize Tortening                                                     | Unterbezirk Kassel-Stadt       |

### **G Gesundheit**

- |    |                          |                                |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| G1 | Impfempfehlung einführen | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
|----|--------------------------|--------------------------------|

### **B Bildung**

- |    |                                                                                                |                                |
|----|------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------|
| B1 | Den Managern von morgen Mitbestimmung<br>und demokratische Strukturen im<br>Unternehmen lehren | Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg |
| B2 | Flächendeckende Weiterbildungs-<br>beratung anbieten                                           | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |

### **IN Internationales**

- |     |                                                 |                                |
|-----|-------------------------------------------------|--------------------------------|
| IN1 | Freie Nachrichten in Polen                      | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
| IN2 | Einfrieren von EU-Mitteln für<br>Antidemokraten | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |

## **V Verkehr, Umwelt, Tierschutz, Mobilität und Infrastruktur**

V1	Mobilität im ländlichen Raum	Unterbezirk Kassel-Land
V2	Ausbau der digitalen Mobilität	Unterbezirk Kassel-Land
V3	Glück Auf, Bürger*innenenergie	Unterbezirk Kassel-Stadt
V4	Resolution: Mit uns zieht die neue Zeit- Sozialismus auch für Tiere	Unterbezirk Kassel-Stadt
V5	Mehr Tierschutz in der SPD- Bundestagsfraktion	Unterbezirk Kassel-Stadt
V6	Einheitspfand	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

## **F Frauen, Geschlechterfrage und Gleichberechtigung**

F1	Diskriminierung bekämpfen-auch bei uns!	Bezirksvorstand
F2	Schluss mit dem Schwarz-Weiß-Denken- Vielfalt der Geschlechter auch in der Mavis	Bezirksvorstand

## **A Arbeit und Wirtschaft**

A1	Neue Herausforderungen der Arbeitswelt solidarisch gestalten	Bezirksvorstand
A2	Wahlarbeitszeitgesetz	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
A3	Steuersystem neu erfinden: Steuerpflicht an Staatsbürgerschaft koppeln	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
A4	Lücken im Schutzbereich der Unter- nehmensmitbestimmung schließen	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
A5	Leiharbeiter*innen bei der Berechnung von ALG II besserstellen	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

## **O Organisation und Partei**

O1	Der Basis eine Stimme geben	Bezirksvorstand
O2	Wir delegieren nur Genoss*innen zum Parteikonvent, die sich an Parteitags- beschlüsse halten	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
O3	Nominierung von Delegierten auf Parteiebene	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
O4	Keine Spenden von Kriegstreibern	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
O5	Jusos bunter machen	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

## **S Soziales**

S 1 Die soziale Frage im 21. Jahrhundert-  
Forderungen für eine progressive  
sozialdemokratische Politik

Bezirksvorstand

S2 Schutzfunktion der sozialen  
Sicherungssysteme erhalten

Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: S 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Die Soziale Frage im 21. Jahrhundert  
- Forderungen für eine progressive sozialdemokratische Politik

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Die Sozialdemokratie ist in der Krise. Von Wahl zu Wahl sacken die Ergebnisse weiter nach  
4 unten. Zeit Fehler zu analysieren, umzudenken und das Vertrauen der Wähler\*innen zurück zu  
5 gewinnen.

6 1998 gelang der SPD der Wahlsieg. Unter dem Slogan „Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“  
7 schaffte sie es sozialdemokratische Kernthemen mit Neuem zu verbinden. Sie nahm den  
8 Menschen nach 16 Jahren Kohl-Ära die Angst vor dem politischen Wechsel. Doch im Laufe der  
9 folgenden Amtszeit verlor die Partei an Vertrauen in ebenjene Kernthemen.  
10 War die SPD bei der Wahl 2002 immerhin noch gleichauf mit der CDU, lag sie 2009 fast 10 %-  
11 Punkte hinter ihr. Bei der letzten Bundestagswahl sogar fast 16%-Punkte. Umfragen im März  
12 sahen die SPD bei rund 20%. Sie verliert jedoch nicht nur stetig in Umfragen an  
13 Prozentpunkten, sondern in den Augen vieler Menschen leider auch vor allem eines:  
14 Glaubwürdigkeit.

15  
16 Besonders hilfreich ist es dabei auch nicht, einen Parteivorsitzenden zu haben, der  
17 eigenmächtig und unbeständig sein Fähnchen nach dem Winde auszurichten versucht.  
18 Bei der Bundestagswahl 2013 trat die SPD mit einem progressiven Wahlprogramm an. Ein  
19 Programm, das nicht so recht zu seinem Kanzlerkandidaten passen wollte. Auch in der großen  
20 Koalition konnte die SPD beispielsweise mit der Durchsetzung des Mindestlohns wichtige  
21 Verbesserungen für die Menschen in Deutschland erreichen. Was ihr jedoch fehlt, ist eine  
22 Vision. Wir werden im Folgenden unsere Kernpunkte für eine neue gerechtere Agenda  
23 darlegen. Eine Agenda für die Menschen, nicht für den Markt und einige wenige.

24  
25 *„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue*  
26 *Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und*  
27 *Klassen selbst und für gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des*  
28 *Geschlechts oder der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie*  
29 *in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der*  
30 *Lohnarbeiter, sondern jede Art von Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen*  
31 *eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.“*

32 Auszug aus dem Erfurter Programm

33

34 **Wir stehen für soziale Sicherheit und gute Arbeitsbedingungen**

35 Die Sozialdemokratie war immer die Partei der Arbeit. Wir sind der festen Überzeugung, dass  
36 wir unsere Gesellschaft und unser Leben nur durch Veränderungen der Wirtschafts- und  
37 Arbeitswelt zu einem besseren ändern können. Entsolidarisierung, Neoliberalisierung und



38 Ausbeutung können wir nur durch eine solidarische und fortschrittliche Politik der Arbeit  
39 bekämpfen.

#### 40 **Mindestlohnenerfolg für alle**

41 Die Einführung des Mindestlohns war ein großer politischer Erfolg für die Sozialdemokratie.  
42 Hunderttausende Menschen müssen nun das durch ihre Arbeit erhaltene Gehalt nicht mehr  
43 durch den Staat aufstocken lassen. Damit haben wir den Menschen ein Stück Anerkennung und  
44 Würde zurückgegeben. Leider konnte nicht in allen Bereichen der Mindestlohn durchgesetzt  
45 werden. Menschen unter 18, Langzeitarbeitslose und PflichtpraktikantInnen können weiterhin  
46 einen Lohn von weniger als 8,50€ erhalten. Wir dürfen diese Ausgrenzung nicht weiter  
47 hinnehmen. Wer arbeitet, der muss auch würdig bezahlt werden. Diese Grenze bildet der  
48 Mindestlohn. Eine niedrigere Bezahlung ist entwürdigend für die Menschen. Daher wollen wir  
49 uns für einen Mindestlohn für alle einsetzen.

50

#### 51 **Hartz IV durch „Chance I“ ersetzen**

52 Die Arbeitsmarktreform, unter der rot-grünen Bundesregierung 1998-2002 entstanden, zu einer  
53 Zeit, in der der Sozialstaat nach 16 Jahren Stillstand drohte zu kollabieren. Die Reformen waren  
54 grundsätzlich notwendig. Das Prinzip des Forderns und Strafens hat die soziale Spaltung  
55 unserer Gesellschaft jedoch weiter verschärft. Die Sozialdemokratie muss weiter an ihrer Idee  
56 des Sozialstaats arbeiten und dabei offen mit Fehlern umgehen, die damals begangen wurden.  
57 Unser Ziel muss es sein, dass es keine Strafe ist, arbeitslos zu werden, sondern dass wir als  
58 Gesellschaft darin eine Chance sehen und den Menschen auch Chancen geben. Wir wollen  
59 eine Arbeitsmarktreform „Chance I“. Darin wollen wir unter anderem folgendes erreichen:

- 60 • Einführung einer Arbeitsversicherung, die einen Weiterbildungsfond beinhaltet.  
61 Phasen der Arbeitslosigkeit sollen zur individuellen Weiterbildung genutzt  
62 werden.
- 63 • Arbeitslosigkeit bedeutet nicht das schnelle Abrutschen in Armut. Wer lange  
64 gearbeitet hat, soll länger eine Chance auf ALG I haben
- 65 • Strafen entmündigen: Wir wollen die Strafen durch die Arbeitsagentur deutlich  
66 reduzieren. Das sperren der gesamten Bezüge ist unwürdig und gehört endlich  
67 abgeschafft.
- 68 • Einführen von Lebensarbeitszeitkonten: Durch Lebensarbeitszeitkonten, können  
69 Ausfälle durch Pflege, Erziehung oder Vorruhestand ausgeglichen werden. Die  
70 ausgefallenen Arbeitsstunden können durch Vor- oder Nacharbeit erarbeitet  
71 werden. Somit läuft auch während des Arbeitsausfalls die Vergütung durch  
72 den/die ArbeitgeberIn weiter.

73

#### 74 **Prekäre Arbeit schafft soziale Unsicherheit**

75 Über 20% der Beschäftigungsverhältnisse sind atypisch, das bedeutet sie sind befristet, in  
76 Teilzeit oder nicht sozialversichert. Der Wert hat sich in den letzten 25 Jahren fast verdoppelt. 8  
77 Million Beschäftigungsverhältnisse können damit als prekär bezeichnet werden. Hinzu kommen  
78 noch Scheinselbstständigkeiten durch Werkverträge. Diese Ausbeutung müssen wir  
79 bekämpfen. Wir wollen das Instrument der Minijobs abschaffen. Jedes Arbeitsverhältnis muss  
80 sozialversicherungspflichtig sein. Minijobs bilden aktuell eine günstige Alternative zu  
81 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen im Niedriglohnsektor. Wir wollen  
82 zudem die unbegründete Befristung abschaffen. Gerade zum Einstieg des Berufslebens können  
83 viele junge Menschen und Familien nicht für die nächsten Jahre planen, da ihr  
84 Beschäftigungsverhältnis nicht auf Dauer geklärt ist. Auch die Ausbeutung durch Leiharbeit und  
85 Werkverträge muss ein Ende finden. LeiharbeiterInnen müssen zukünftig nach dem Tarifvertrag  
86 des Unternehmens bezahlt werden, in dem er/sie eingesetzt ist. Durch verstärkte Kontrollen  
87 durch den Zoll muss Scheinselbstständigkeit stärker unterbunden werden. Arbeitskräfte  
88 übernehmen durch einen Werkvertrag das komplette Unternehmerische Risiko und bekommen  
89 dafür keinerlei Leistungen der Sozialversicherung. Diese Ausbeutung müssen wir endlich  
90 unterbinden.

91

#### 92 **Ausbildung attraktiver gestalten**

93 Die Zahl der Ausbildungsverträge sinkt seit Jahren. Dabei stellen die gut ausgebildeten  
94 Facharbeiter\*innen das Fundament der leistungsstarken Wirtschaft in unserem Land. Doch eine  
95 Ausbildung wird immer unattraktiver. Lange Arbeitszeiten, wenig Geld und geringe Aussichten  
96 auf einen Aufstieg zeigen Handlungsbedarf. Wir wollen daher:

- 97 • eine Mindestausbildungsvergütung von mindestens 500€ im Monat
- 98 • maximale Wochenarbeitszeit (inkl. Schulzeit) von 35 Stunden
- 99 • grundsätzliches Verbot von Nachtarbeit für Unter-18-Jährige
- 100 • mindestens 26 Tage Urlaub im Jahr
- 101 • die Einführung einer Ausbildungsplatzgarantie sowie einer
- 102 Ausbildungsplatzumlage
- 103 • die Gleichstellung einer Ausbildung mit dem Abitur im Deutschen und
- 104 Europäischen Qualifikationsrahmen (DQR und EQR)
- 105

### 106 **Sichere Rente und würdigen Ruhestand ermöglichen**

107 Durch den zunehmenden Niedriglohnsektor und das Absenken des Rentenniveaus werden die  
108 zukünftigen Renten deutlich geringer ausfallen, als das heutige Niveau. Auch die Forderung  
109 nach zusätzlicher privater Vorsorge läuft seit dem dauerhaft niedrigen Zinsniveau ins Leere.  
110 Eine gute Versorgung der älteren Menschen können wir nur durch Solidarität und gute  
111 Arbeitsplätze erreichen. Wir wollen die Rente weiter auf einem beitragsbasierten Solidarmodell  
112 belassen. In dem wir atypische und schlechte Beschäftigung deutlich verringern, erhöhen sich  
113 die Einzahlungen in das Sozialsystem. Zudem wollen wir auch die Rente auf das System der  
114 Bürger\*innenversicherung umstellen. Damit wollen wir erreichen, dass auch Selbstständige und  
115 Beamt\*innen in die Solidarversicherung einzahlen. Die durch die Pensionen belasteten  
116 Haushalte der Kommunen, Länder und des Bundes könnten den freiwerdenden Betrag mit in  
117 die Sozialversicherung zahlen. Das Ziel muss es sein, dass jede\*r Rentner\*in einen Rentensatz  
118 von mindestens 50% erhält, denn Altersarmut ist für eine so reiche Gesellschaft wie  
119 Deutschland eine Schande.

120  
121 In dem wir die Arbeitswelt, die Ausbildung, die Zeit der Arbeitslosigkeit sowie die Rente so  
122 gestalten, dass die Menschen nicht abgehängt werden und gut leben können, geben wir der  
123 Gesellschaft Sicherheit. Mit dieser Sicherheit können wir die Gesellschaft weiterentwickeln,  
124 Rassismus und Diskriminierung abbauen sowie ein Gefühl der Solidarität und der Gemeinschaft  
125 aufbauen. Darum muss die Sozialdemokratie in ihrem Kernbereich Arbeit den Mut aufbringen  
126 und Reformen voranbringen.

### 127 128 **Wir stehen für Verteilungsgerechtigkeit!**

129 Die personelle Einkommensverteilung ist in Deutschland wie auch in anderen Ländern in den  
130 letzten Jahren erheblich ungleicher geworden. Dabei gehören 'Arbeit' und  
131 'Einkommensverteilung' zu den politischen Themen, die die Bevölkerung weiterhin am meisten  
132 beschäftigen. Maßstab sozialdemokratischer Verteilungspolitik darf nicht länger ein neoliberales  
133 Dogma sein, welches propagiert, dass eine zu große Gleichheit in der Einkommensverteilung  
134 der Effizienz eines marktwirtschaftlichen Systems abträglich sei. Das Resultat dieses Denkens  
135 in der Lehre der Ökonomie ist eine relativ ungleiche Abgabenlast zwischen Arbeit und Kapital.  
136 Dies führte zu einer Entwicklung, in der der Faktor der Arbeit steuerlich immer mehr belastet  
137 wurde (s. Steuerklasse I), während sich Kapital - u. Gewinneinkommen (Leistungsloses  
138 Einkommen) einer immer niedrigeren Besteuerung erfreuten. Dies wird u.a. an den  
139 Ungerechtigkeiten durch Instrumente wie der Abgeltungssteuer oder etwa am Beispiel der  
140 Ausnahmen und individuellen Freibeträge im Bereich der Besteuerung von vererbtem  
141 Vermögen deutlich. Das Argument der neoliberalen Seite, Kapital sei im 21. Jahrhundert so  
142 mobil wie nie, weswegen jegliche Form seiner weiteren Besteuerung zu einer potentiellen  
143 apokalyptischen Kapitalflucht führen würde, halten wir vor diesem Hintergrund für konstruiert!  
144 Wir fordern deshalb:

- 145 • Abschaffung der Abgeltungssteuer
- 146 • Kapitalversteuerung (bei privatem Kapital) mit dem normalen persönlichen
- 147 Steuersatz

- 148
- Erhöhung der Körperschaftssteuer auf 25%
- 149
- Erhöhung der Erbschaftssteuer und die Abschaffung der Bevorzugung von Firmenerben
- 150

151

### 152 **Erhöhung des Spitzensteuersatzes**

153 In Deutschland sind nicht nur Einkommen und Vermögen sehr ungleich verteilt, auch die  
154 Steuerlast wird vor allem auf den Schultern der mittleren Einkommensschicht getragen. Dass  
155 starke Schultern mehr Last übernehmen müssen als schwache, darf nicht weiter eine hohle  
156 Phrase bleiben. Wir fordern daher die Erhöhung des Spitzensteuersatzes ab einem Einkommen  
157 von 120.000 Euro im Jahr auf 53%.

158

### 159 **Vermögen wieder stärker besteuern**

160 Die Erhebung einer Vermögenssteuer ist in Art. 106 des GG der Bundesrepublik Deutschland  
161 ausdrücklich vorgesehen. Das Bundesverfassungsgericht erklärte in seinem Richterspruch im  
162 Jahr 1995 die damals erhobene Vermögenssteuer für verfassungswidrig, weil Grund- und  
163 Immobilienvermögen gegenüber anderen Vermögensarten ungerechtfertigt günstiger behandelt  
164 wurden. Die Bundesregierung ließ die Vermögenssteuer daraufhin 1996 auslaufen, anstatt eine  
165 verfassungsgemäße Reform der Steuer in die Wege zu leiten.  
166 Wir fordern deshalb endlich das Vermögenssteuergesetz zu reformieren und wieder in Kraft zu  
167 setzen!

168

### 169 **Das Dogma der Schwarzen Null brechen**

170 Die Wirtschaftskrise und die Rettungs- und Konjunkturpakete der jüngeren Vergangenheit  
171 haben die Verschuldung der öffentlichen Haushalte auf immer wieder neue Rekordhöhen  
172 getrieben. Deshalb fordern wir eine Abkehr vom finanzpolitischen Dogma eines  
173 Bundeshaushalts ohne Neuverschuldung, damit durch somit freiwerdende finanzielle Potentiale  
174 den Gemeinden, Städten und Landkreisen ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden  
175 können. Städte und Kommunen müssen vor Ort immer mehr Aufgaben übernehmen. Eine  
176 ausreichende Finanzierung durch Bund und Land blieb dabei bisher aus, dieses ist in Angesicht  
177 der aktuellen Herausforderungen jedoch umso nötiger.

178

### 179 **Einführung einer Transaktionssteuer**

180 Ein weiteres steuerpolitisches Mittel zur Schaffung von mehr Gerechtigkeit ist eine  
181 'Finanztransaktionssteuer', welche zu den so genannten 'Kapitalverkehrssteuern' zählt. Ganz  
182 grundlegend ist die Finanztransaktionssteuer in ihrer Qualität wie eine Umsatzsteuer auf  
183 börsliche und außerbörsliche Finanztransaktionen zu verstehen. Die Umsetzbarkeit einer  
184 solchen Steuer wird von Ländern wie Belgien, Zypern, Irland, Finnland, Griechenland sowie  
185 Frankreich unter Beweis gestellt, in denen eine Finanztransaktionssteuer bereits existiert. Auch  
186 die EU-Kommission erachtete eine Finanztransaktionssteuer als zumutbare Belastung, da ein  
187 entsprechender Gesetzesentwurf bereits durch den seinerzeit amtierenden EU-  
188 Kommissionschef José Manuel Barroso vorgelegt wurde. Das Gesetz scheiterte am Widerstand  
189 von mehreren Mitgliedsländern, deren Wirtschaft stark vom Finanzsektor abhängig ist -  
190 beispielsweise Großbritannien.

191 Wir sind der Ansicht, dass eine Finanztransaktionssteuer eine ausgleichende und regulierende  
192 Wirkung auf die Finanzmärkte besäße, da Menschen, die sich in der finanziellen Situierung  
193 befinden, überhaupt spekulieren zu können, sowie Banken im Bereich des Eigenhandels  
194 dadurch in eine nötige gesamtgesellschaftliche Solidarität im Bereich der Steuerpolitik genötigt  
195 wären! Spekulationsgeschäfte ("High Trade Frequencies") würde damit weiterhin ein wirksamer  
196 Riegel vorgeschoben, da diese Geschäfte meist auf minimalen Gewinnspannen, bei maximalen  
197 Einsätzen basieren. Das allgemeine Steueraufkommen innerhalb der Bundesrepublik wäre  
198 damit vergrößert, was sich positiv auf die Staatsfinanzen auswirkt.

199 Wir fordern deshalb die Einführung einer Transaktionssteuer auf nationaler Ebene!

200

201

202

203  
204  
205  
206  
207  
208  
209  
210  
211  
212  
213  
214  
215  
216  
217  
218  
219  
220  
221  
222  
223  
224  
225  
226  
227  
228  
229  
230  
231  
232  
233  
234  
235  
236  
237  
238  
239  
240  
241  
242  
243  
244  
245  
246  
247  
248  
249  
250  
251  
252  
253  
254  
255  
256  
257

## **Wir stehen für die gesellschaftliche Teilhabe aller!**

### **Keine Liebe ist mehr wert**

Als sozialdemokratische Bewegung setzen wir uns seit jeher gegen Ungleichbehandlung und Diskriminierung ein. Im 21. Jahrhundert ist es völlig unverständlich, dass gleichgeschlechtliche Paare weiterhin von staatlicher Seite benachteiligt werden und kirchliche Idealbilder unsere Familienpolitik prägen.

Wir fordern deshalb:

- Ehe und Verpartnerung für alle und unter gleichen Konditionen
- Schluss mit der Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren im Adoptionsrecht
- Abschaffung des Ehegattensplittings und stattdessen eine stärkere Unterstützung von Familien mit Kindern

### **Wohnraum für alle und überall**

Der soziale Wohnungsbau wurde seit Jahrzehnten vernachlässigt. Vor allem in den größeren Städten findet eine Verdrängung von finanziell schlechter gestellten Menschen statt. Besonders in Universitätsstädten spitzt sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt von Jahr zu Jahr zu. Während die Universitäten zum Großteil jedes Jahr neue Studierendenhöchstzahlen melden, wurde es auf dem Wohnungsmarkt versäumt Platz zu schaffen.

Wir fordern deshalb ein Umdenken. Wohnen in der Stadt darf nicht zum Privileg von finanziell besser gestellten werden.

Es braucht hier jedoch mehr als eine Mietpreisbremse. Wir fordern eine bundesweite Orientierung in der Wohnraumpolitik an Städten wie München und Hamburg, die eine sogenannte 1/3-Regelung eingeführt haben. Diese stellt eine soziale Durchmischung von Stadtteilen und die Schaffung von günstigem und mittelpreisigem Wohnraum sicher. Während Wohnraum in den Städten immer teurer wird, kämpfen viele Orte im ländlichen Raum mit einer Landflucht. Als Sozialdemokratie, die vielerorts eine besondere kommunale Bindung hat, dürfen wir ein Sterben unserer kleineren Städte und Dörfer nicht zulassen. Das Leben auf dem Land muss attraktiv bleiben. Hierzu muss vielerorts wieder stärker in die Infrastruktur investiert werden und entsprechendes Geld von höheren Ebenen zur Verfügung gestellt werden.

Wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land!

### **Bildung ist kein Privileg**

In Deutschland entscheidet über die Zukunft eines Kindes noch immer vor allem wo es herkommt. Kinder aus Akademiker\*innenfamilien studieren statistisch wesentlich häufiger als Kinder aus Arbeiter\*innenfamilien. Unser Schulsystem ist vor allem darauf spezialisiert Menschen möglichst effizient auszubilden, individuelle Förderung dagegen liegt ihm wenig. Dabei ist Bildung ein elementarer Schlüssel, um als mündige\*r Bürger\*in in der Gesellschaft mitzuwirken und sich selbst zu verwirklichen. Ob Toleranz oder Kopfrechnen: früh übt sich, wer ein Meister werden will!

Wir fordern deshalb:

- Kostenlose staatliche Bildungsangebote von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule
- Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems

### **Vielfalt anerkennen und Menschen fördern**

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Doch in den letzten Jahren hat es oft versagt, wenn es darum ging Menschen in seiner Mitte aufzunehmen und ihnen ein Gefühl des Angekommenseins zu vermitteln.

Im letzten Jahr haben über eine Millionen Menschen in Deutschland vor Verfolgung Schutz gesucht. Sie kamen in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Auf ein Leben in Sicherheit. Deutschland muss sich dieser Verantwortung stellen und diesen Menschen nicht nur eine Unterkunft bieten, sondern eine Zukunft.

258 Wir müssen uns die Frage stellen: Wie schaffen wir es, dass die hier Zuflucht suchenden  
259 Menschen den Weg in eine geregelte Beschäftigung finden? Wir müssen Möglichkeiten  
260 schaffen, die die Eingliederung in den Arbeitsmarkt erleichtern und den Menschen Perspektiven  
261 aufzeigen, um ihnen hier ein neues Leben zu ermöglichen. Im Zuge dessen ist es wichtig, die  
262 aktuellen Anerkennungskriterien für ausländische Abschlüsse zu überprüfen. Außerdem sollen  
263 Möglichkeiten geschaffen werden, sich leicht neue Kenntnisse in Form von Weiterbildungen  
264 anzueignen, die hier in Deutschland für bestimmte Positionen notwendig sind, um Fachkräfte  
265 besser eingliedern zu können.

266 Wir sehen es als unverzichtbar an, dass Menschen sich frei entfalten können und frei  
267 entscheiden können wie sie mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln verfahren. Aus  
268 diesem Grund verurteilen wir, dass Asylsuchende Gutscheine statt Bargeld erhalten. Dies  
269 schränkt die Autonomie der Betroffenen ein und ist eine unwürdige und entmündigende Praxis.  
270

### 271 **Wir stehen für ein solidarisches Europa**

272 Die Entwicklungen der letzten Jahre und Monate hat gezeigt, dass wir uns als Gesellschaft  
273 darüber Gedanken machen müssen:

274 Was Europa überhaupt sein soll? Soll es ein reiner Wirtschaftsverbund sein, der den Zweck hat  
275 nur die wirtschaftlichen Gewinne der in diesem Verbund agierenden Konzerne zu vergrößern?  
276 Soll Europa der Sündenbock für verfehlte nationale Politik sein? Soll es ein politisches Europa  
277 geben, das zusammen in der Welt mit einer Stimme spricht? Soll Europa sich in der Welt  
278 engagieren und wenn ja und welchen Maßgaben? Sicher Stellung von Absatzmärkten und  
279 Ressourcen oder tatsächlich so etwas wie das Eintreten für Menschenrechte und Humanität?  
280 Oder soll Europa mehr sein als das? Ein solidarisches? Eines für seine Bürgerinnen und Bürger  
281 oder sogar über diese hinaus?

282 Eines der größten Probleme ist, dass diese Frage nach Europa je nach Fragestellung derzeit zu  
283 unterschiedlich beantwortet wird.

284 In vielen Sonntagsreden wird das Gemeinsame in Europa beschworen, darauf verwiesen das  
285 Europa eine Friedensprojekt ist, wie solidarisch man doch in guter Nachbarschaft zusammen  
286 lebt und wie schön doch offene Grenzen sind. Treten dann jedoch Konflikte auf, so werden  
287 schnell die Bruchkanten klar. Einerseits ist das "böse Europa" schuld, wenn Richtlinien in  
288 Ländern umgesetzt werden, die die Staaten selbst vorangetrieben haben. Zum anderen steht es  
289 dann auch sehr schnell um die Solidarität sehr schlecht. Und das mit dem Friedensprojekt  
290 scheint auf nur nach innen zu gelten.

291 Eine jungsozialistische Antwort darauf muss der deutlich vernehmbare Ruf nach einem  
292 solidarischen Europa der Menschen sein.  
293

### 294 **Die Europäische Union demokratisieren**

295 Nur ein politisch starkes, funktionierendes, demokratisches Europa kann auch ein gutes Europa  
296 sein. Wir brauchen ein Europa was solidarisch untereinander ist und in dem Beschlüsse  
297 transparent im Parlament ausgehandelt werden. Neben der gemeinsamen Währungspolitik  
298 muss es auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik geben. Wir werden mehr nachhaltige  
299 Entwicklung nicht mit weniger Geld realisieren können. Deswegen brauchen wir einen  
300 Europäischen Plan um ungleiche Lebensbedingungen auszugleichen und allen Menschen in  
301 Europa ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Wir müssen gemeinsame europäische  
302 Lösungen finden, die über nationalstaatliche Interessen hinausgehen und das Wohl der  
303 Menschen in und außerhalb Europas im Blick haben.  
304

### 305 **Humanität beweisen**

306 Wir müssen unsere europäischen Werte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auch nach  
307 außen transportieren.

308 Vor diesem Hintergrund ist die Art und Weise wie derzeit mit Flüchtenden verfahren wird zu  
309 tiefst unwürdig. Es kann nicht sein, dass an den europäischen Außengrenzen täglich Menschen  
310 sterben oder in menschenunwürdigen Umständen hausen müssen.

311 Auch eine Verschiebung des Elends in die Türkei hinein, ist nur eine "Aus dem Auge, aus dem  
312 Sinn"-Taktik, die gerade vor dem Hintergrund der derzeit stattfindenden Menschen- und  
313 Bürgerrechtsverletzungen in der Türkei, eine Karikatur europäischer Werte darstellt.

314  
315  
316  
317  
318  
319  
320  
321  
322  
323  
324  
325  
326  
327  
328  
329  
330  
331  
332  
333  
334  
335  
336  
337  
338  
339  
340  
341  
342  
343  
344  
345  
346  
347  
348  
349  
350  
351  
352  
353  
354  
355  
356  
357  
358  
359  
360  
361

### **Sichere Fluchtwege schaffen**

Wir müssen als Europa Wege finden wie Menschen, ohne sich kriminellen Schleppern anvertrauen zu müssen, legal und sicher in Deutschland und Europa Asyl beantragen können. Hierzu könnte man dazu übergehen, dass auch in europäischen Botschaften Asyl beantragt werden kann. Dies hätte unter anderem den Vorteil, dass man die bereits durch Krieg traumatisierten Menschen nicht noch zusätzlich einer gefährlichen, traumatisierenden Flucht aussetzt.

Denn letztlich gilt: "Man erkennt man den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit dem schwächsten ihrer Glieder verfährt."

In diesem Sinne fordern wir:

- Einen Plan für europäische Investitionen.
- Eine Stärkung des Europäischen Parlaments gegenüber des Rats
- Die Möglichkeit Asyl in Botschaften zu beantragen, um dann über sichere Routen nach Europa zu kommen.
- Einen Menschenwürdigen Umgang mit Flüchtenden, sowohl innerhalb als auch außerhalb und insbesondere an den Grenzen der Europäischen Union.

### **Dafür stehen wir ein**

Die Sozialdemokratie steht wie keine andere Partei seit über anderthalb Jahrhunderten für Politik, die sich am Wohle aller Menschen orientiert. Unsere Grundwerte Freiheit, Gleichheit und Solidarität müssen sich auch in unserer politischen Arbeit widerspiegeln.

Wir brauchen jedoch nicht nur gute Wahlprogramme – das hat 2013 gezeigt – sondern auch authentische Vertreter\*innen!

Um das verlorengegangene Vertrauen vieler Menschen in die Sozialdemokratie zurückzugewinnen, bedarf es mehr als schöner gedruckter Worte. Wir müssen den Menschen ihre politische Heimat zurückgeben und wieder das werden, was wir mit Stolz waren:

### **Die Partei der sozialen Gerechtigkeit!**

### **Begründung:**

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda**

Antrag: S 2

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress,  
SPD-Bundesparteitag

Betr.: Schutzfunktion der Sozialen Sicherungssysteme erhalten

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die SPD möge sich für eine steuerfinanzierte Mindestsicherung innerhalb der sozialen  
4 Sicherungssysteme einsetzen.

5

6 **Begründung:**

7 Grundlage unseres Sozialversicherungssystems ist das sogenannte Normalarbeitsverhältnis.

8 Abweichungen davon sind innerhalb der jetzigen Logik der Sozialversicherungen nur

9 unzureichend integriert. Unterbrochene Erwerbsverläufe und sogenannte atypische

10 Erwerbsformen (z. B. Soloselbstständige) sind in die Sozialversicherungssysteme

11 einzubeziehen. Eine steuerfinanzierte Mindestsicherung unseres Sozialstaats würde diesen auf  
12 eine breitere Grundlage stellen und robuster für zukünftige Herausforderungen machen.

13

14  angenommen

15  abgelehnt

16  überwiesen an

17

## **I Innenpolitik, Recht, Wahlen und Integration**

11	Aktives und passives Wahlrecht am Zweitwohnsitz ermöglichen	Unterbezirk Fulda
12	Keine Werbung für ausbeuterische Sexarbeit	Unterbezirk Kassel-Land
13	Lebensmittelverschwendung eindämmen	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
14	Totalüberwachung verhindern- Gegen das Bargeld-Verbot	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
15	Rechtsanspruch auf E-Mail-Verschlüsselung staatlicher Institutionen	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
16	Asylanträge in Botschaften	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
17	Wir haben nicht vergessen- Whistleblower*innen endlich schützen	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
18	Legalize Tortening	Unterbezirk Kassel-Stadt



**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

<u>Antrag:</u>	I 1
<u>Antragsteller:</u>	Unterbezirk Fulda
<u>Adressat:</u>	SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, Juso-Landeskonferenz; Juso-Bundeskongress, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion
<u>Betr.:</u>	Aktives und passives Wahlrecht am Zweitwohnsitz ermöglichen!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:  
2

3 Die SPD setzt sich dafür ein, das Kommunalwahlrecht dahingehend anzupassen, dass alle  
4 Bürger\*innen mit zwei gemeldeten Wohnsitzen sich entscheiden dürfen, ob sie ihr aktives und  
5 passives Wahlrecht an ihrem Erst- oder an ihrem Zweitwohnsitz ausüben möchten.  
6 Die Entscheidung sollte direkt bei der Anmeldung des Zweitwohnsitzes getroffen werden und –  
7 sofern kein weiterer Umzug erfolgt – für fünf Jahre gültig sein, um ein wahltaktisches „Hin- und  
8 Herspringen“ auszuschließen.  
9

10  
11 **Begründung:**

12 Das Kommunalwahlrecht ist noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen, in dem von  
13 Arbeitnehmer\*innen, schon beginnend mit Ausbildung bzw. Studium, eine hohe räumliche  
14 Flexibilität verlangt wird. Angesichts damit verbundener regelmäßiger Umzüge betrachten  
15 gerade junge Menschen häufig nach wie vor die Gemeinde, in der sie aufwuchsen, oder eine  
16 andere Zwischenstation als „Heimat“ und bleiben dieser durch regelmäßigen Aufenthalt  
17 verbunden – privat und ggf. auch politisch. Wenn sie allerdings ihren Erstwohnsitz rechtmäßig  
18 in der Gemeinde anmelden, in der sie aus beruflichen Gründen unter der Woche hauptsächlich  
19 leben, wird ihr aktives und passives Wahlrecht zwingend auf eben diese Gemeinde übertragen.  
20 In ihrer Heimatgemeinde können sie folgerichtig kein kommunalpolitisches Mandat mehr  
21 ausüben.

22 Viele junge Menschen möchten allerdings genau dies tun und sich politisch in ihrer Heimat  
23 engagieren. Hier sind sie politisch sozialisiert, kennen die Bürger\*innen und Problemlagen und  
24 haben sich nicht zuletzt das für eine erfolgreiche Kandidatur nötige politische Netzwerk  
25 aufgebaut. In Zeiten der Politikverdrossenheit und überalterten Parlamente ist es geradezu ein  
26 Unding, dass junge Menschen, die kommunalpolitische Verantwortung in ihrer Heimatgemeinde  
27 übernehmen möchten, de facto dazu gezwungen sind, bei den Behörden unwahre Angaben  
28 über ihren Hauptaufenthaltsort zu machen oder sich unter Umständen gar nicht anzumelden,  
29 um nicht den „Verlust“ des gemeldeten Erstwohnsitzes zu riskieren – denn genau dies ist die  
30 Realität. Hier ist dringend eine Anpassung vonnöten, wollen wir junge Menschen nicht weiter  
31 von den politischen Entscheidungen „vor Ort“ abkoppeln: Es muss eine  
32 Entscheidungsmöglichkeit geben, ob Bürger\*innen ihr Wahlrecht am (tatsächlich häufiger  
33 wechselnden) Erstwohnsitz oder am (dann konstanteren) Zweitwohnsitz ausüben möchten. Ein  
34 Missbrauch sollte durch entsprechende Änderungsfristen problemlos auszuschließen sein.  
35

- 36  
37  angenommen  
38  abgelehnt  
39  überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: I 2

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Keine Werbung für ausbeuterische Sexarbeit!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, ein Gesetz auszuarbeiten und  
4 einzubringen, durch das Werbung für Sexarbeit verboten wird, wenn diese  
5 menschenverachtend ist und Menschen als Ware darstellt.

6

7

8 **Begründung:**

9

10 Mancherorts sind Plakate für „Freudenhäuser“ zu lesen, auf denen „mehr als 100 Girls“ zu lesen  
11 ist. Dies setzt Frauen mit Ware gleich, die stets vorrätig scheinen und sich der Kunde „etwas“  
12 aussuchen kann. Dies ist frauen- und menschenverachtend, vor allem vor dem Hintergrund, wie  
13 auch viele dieser Menschen zu dieser Arbeit genötigt werden.

14

15

16

17

18 **Begründung:**

19

20

21

22  angenommen

23  abgelehnt

24  überwiesen an

25

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen**  
**Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: I 3

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

Betr.: Lebensmittelverschwendung eindämmen!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Dem Handel ist nach französischem bzw. italienischem Vorbild zu verbieten, Lebensmittel, die  
4 nicht mehr verkauft werden sollen / können, wegzuerwerfen.

5  
6 Die SPD-Fraktionen im Bundes- und Landtag werden außerdem aufgefordert, Konzepte zu  
7 erarbeiten, die Lebensmittelverschwendung in privaten Haushalten einzudämmen.

8  
9  
10  
11 **Begründung:**

12 In Deutschland werden jährlich etwa. 550.000 Tonnen Lebensmittel durch Supermärkte und  
13 ähnliche Geschäfte weggeworfen. In Anbetracht der globalen Lebensmittelknappheit ist eine  
14 derartige Verschwendung nicht weiter hinnehmbar.

15  
16 In Frankreich und Italien gibt es bereits Gesetze, die vorschreiben, dass unverkaufte  
17 Lebensmittel aus dem Handel nicht mehr weggeworfen werden dürfen. Schon heute spenden  
18 viele Supermärkte überlagerte, aber noch genießbare oder nicht mehr verkaufbare Lebensmittel  
19 an Tafeln oder ähnliche Einrichtungen. Eine Verpflichtung dazu würde also lediglich „die  
20 schwarzen Schafe“ treffen.

21  
22 Ist das Weitergeben an Tafeln nicht möglich (z.B. weil Lebensmittel bereits verdorben sind),  
23 sind diese nicht im Restmüll zu entsorgen, sondern entweder direkt oder über Dritte zu  
24 kompostieren oder über Dritte zu Tierfutter zu verarbeiten (z.B. ReFood).

25  
26 Wir begrüßen außerdem außerordentlich die sogenannten „Krabbeltische“ mit verpackten  
27 Lebensmitteln, bei denen das MHD überschritten wurde oder kurz bevor steht oder  
28 überschüssigen Lebensmitteln, über die die Waren in den Supermärkten zu sehr geringen  
29 Preisen verkauft werden. Viele Verbraucher\*innen nutzen diese Angebote bereits heute.

30  
31 Uns ist bewusst, dass ein noch größerer Teil der Lebensmittelverschwendung von den privaten  
32 Haushalten verursacht wird. Auch hier begrüßen wir Aufklärungsmaßnahmen. Unter anderem  
33 hilfreich, um die Lebensmittelverschwendung einzudämmen, sind z.B. kleinere  
34 Verpackungsgrößen.

- 35  
36  
37  angenommen  
38  abgelehnt  
39  überwiesen an

40

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda**

Antrag: I 4

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Totalüberwachung verhindern - Gegen das Bargeld-Verbot

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Eine auch nur teilweise Einschränkung des Gebrauchs von Bargeld lehnen wir ab.

4

5 **Begründung:**

6

7 Im Jahr 2015 hat erst die deutsche Bank und später mehrere bundespolitische Schwergewichte

8 ein Bargeld-Verbot für Zahlungen in einer festzulegenden Höhe in die Diskussion gebracht.

9 Ziel, so die offizielle Begründung, sei die Bekämpfung von Geldwäsche. Tatsächlich aber geht

10 es ganz einfach um Profitinteresse: Durch die Vermeidung von Kosten durch das Aus- und

11 Einzahlen sowie Transport und Lagerung von Bargeld sollen Gewinne gesteigert werden.

12 Solange unser gesamtes digitales Leben von Totalüberwachung aufgezeichnet, analysiert und

13 entgegen jeglicher rechtsstaatlicher Standards verwendet wird, bringt jede unfreiwillige

14 Verlagerung von Geldverkehren in die digitale Welt weitere Gefahren mit sich. Dagegen setzen

15 wir uns zur Wehr.

16

17  angenommen

18  abgelehnt

19  überwiesen an

20

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen**  
**Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda**

Antrag: I 5

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Rechtsanspruch auf E-Mail-Verschlüsselung staatlicher Institutionen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Ein Rechtsanspruch auf verschlüsselte E-Mail-Kommunikation mit offenen Standards mit  
4 Behörden und Institutionen mit staatlicher Beteiligung ist einzuführen.

5

6 **Begründung:**

7

8 Lizenzfreie und leichtverständliche Software zur Verschlüsselung von E-Mails ist lange  
9 vorhanden. Es fehlt alleine an der Verbreitung. Das hat Gründe. Die liegen allerdings weniger in  
10 der Komplexität des Vorhabens oder im mangelnden Interesse der Nutzer\*innen. Vielmehr  
11 verhindern Konzerninteressen beispielsweise vom Outlook-Hersteller Microsoft oder dem E-  
12 Brief-Anbieter Deutsche Post eine weitläufigere Verbreitung auch über quasi-Monopol-  
13 Software. Das Werben für verschlüsselte Kommunikation muss auf allen Ebenen weitergeführt  
14 werden. Ein vielversprechender Weg ist die Nutzung verschlüsselter E-Mail-Kommunikation  
15 durch Behörden und Institutionen mit staatlicher Beteiligung. Damit diese Entwicklung nicht  
16 noch weitere Zehn Jahre auf sich warten lässt, fordern wir einen sofortigen Rechtsanspruch.  
17 Dieser würde es Bürger\*innen erlauben auf verschlüsselte Kommunikation verbindlich zu  
18 bestehen.

19

- 20  angenommen  
21  abgelehnt  
22  überwiesen an

23

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda**

Antrag: I 6

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Asylanträge in Botschaften

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Wir fordern die SPD auf die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, welche erlauben  
4 dass, Asylanträge auch in Botschaften und Konsulaten gestellt werden können. Hiermit soll es  
5 zukünftig möglich sein für Flüchtlinge und Asylsuchende einen Asylantrag zu stellen, ohne auf  
6 lange Reisen oder die Ausnutzung von Schleppern angewiesen zu sein.  
7 Wir fordern die SPD auch auf diese Möglichkeiten zu schaffen in Anrainerregionen von  
8 Krisengebieten, in Fällen wo die Krisengebiete selber nicht mehr über eine Botschaft oder  
9 Konsulat verfügen.

10

11 **Begründung:**

12

13 Das Thema Flucht und Asyl beschäftigt viele von uns Sozialdemokraten sehr. Wir beobachten  
14 wie Menschen aus Krisenregionen fliehen um bei uns in Europa Zuflucht und Asyl zu finden.  
15 Möglichkeiten für eine legale Einreise gibt es nur zum Teil, Teilweise gibt es in den Fluchtorten  
16 selber keine Möglichkeiten einen Asylantrag zu stellen. Flüchtlinge greifen daher aus Not und  
17 Verzweiflung zu Schlepperangeboten, was zum Teil bereits tödlich endete in den vergangenen  
18 Jahren und solange es fortläuft wahrscheinlich noch weitere Opfer fordern wird. Hier gilt es  
19 Möglichkeiten zu schaffen Schleppern das Handwerk zu legen, eine davon kann und sollte die  
20 Schaffung der im Antrag beschrieben Anforderungen an Botschaften und Konsulate sein.

21

- 22  angenommen  
23  abgelehnt  
24  überwiesen an

25

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen**  
**Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda**

Antrag: I 7

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Wir haben nicht vergessen - Whistleblower\*innen endlich schützen!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Whistleblower\*innen müssen endlich durch eine effektive gesetzliche Regelung geschützt  
4 werden. Dieser Schutz muss das öffentliche Interesse über die Aufklärung von Missständen in  
5 Arbeitnehmer\*innenrechten, auch und besonders im Öffentlichen Dienst, beinhalten.

6  
7 **Begründung:**

8 Die Enthüllungen von Edward Snowden sind inzwischen drei Jahre her. Seit dem wissen wir,  
9 dass jeder Mensch, der sich online bewegt oder über elektronische Dienste kommuniziert,  
10 nahezu vollständig überwacht werden kann und in der Regel auch wird. Jede SMS oder  
11 Whatsapp-Nachricht, jede besuchte Internetseite, jedes Telefongespräch, jedes Word-  
12 Dokument und nahezu alles, was wir an digitalen Daten aufbringen, kann ohne unser Wissen  
13 mitgelesen, gespeichert und ausgewertet werden. Gleichzeitig wächst die Menge an  
14 anfallenden Daten jeden Tag an. In den letzten drei Jahren sind beispielsweise sog. Fitness  
15 Tracker in unseren Alltag eingedrungen, die detaillierte Auskunft über unser Alltagsverhalten  
16 ermöglichen und erschreckend zuverlässige Vorhersagen erlauben.  
17 Der Wunsch einer Souveränität über die eigenen Daten ist aktuell nur als Farce denkbar. Trotz  
18 weltweiter Beachtung insbesondere der Person Edward Snowdens wurde die  
19 Massenüberwachung durch staatliche Organe mit nichten beschränkt, sondern weiter  
20 ausgebaut. Auch der BND bewegt sich hier auf der falschen Seite der Geschichte. Dagegen  
21 müssen wir weiterhin national und vor allem international ankämpfen. Das Mindeste jedoch ist  
22 die Solidarität mit denjenigen Menschen, die uns überhaupt erst auf diese Missstände  
23 hingewiesen haben. Ihnen verdanken wir es, dass Totalüberwachung nicht nur schlimmste  
24 Befürchtung von Nerds, sondern nachgewiesener Fakt ist. Dennoch warten wir bis heute auf  
25 eine gesetzliche Regelung zum Schutz von Whistleblower\*innen zumindest in Deutschland. Wir  
26 halten fest: Wir haben nicht vergessen! Whistleblower\*innen müssen endlich geschützt werden.

- 27  
28  
29  angenommen  
30  abgelehnt  
31  überwiesen an

32

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: I 8

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Legalize Tortening

- 1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:  
2  
3 Wir Jusos setzen uns mit Nachdruck dafür ein, den Tortenwurf aka Tortening als freie  
4 Meinungsäußerung anzuerkennen und fordern daher die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf,  
5 explizit den Wurf mit veganen fairtrade Biotorten als legalen Akt der Kritik an Personen zu  
6 legalisieren und nicht mehr als Körperverletzung zu bestrafen.  
7 Zivilisierte und vernünftige Menschen brauchen den Tortenwurf als eine Art Ventil. So können  
8 über den Akt des Tortening die wirklich gewaltvollen Urinstinkte kanalisiert und in eine kreativ-  
9 leckere Kritikform überführt werden.  
10  
11 Die Meinungsäußerung mit Hilfe einer Torte gegenüber Personen, deren eigene verbalen  
12 Auswüchse zu Gewalt gegen Menschen führen oder diese begünstigen, ist keine  
13 Körperverletzung und entsprechend nicht zu verurteilen. Bei veganen fairtrade Biotorten kommt  
14 niemand zu Schaden – es wird nur lecker.  
15  
16  
17 **Begründung:**  
18  
19 Erfolgt mündlich  
20  
21  
22  angenommen  
23  abgelehnt  
24  überwiesen an  
25



## **G**    **Gesundheit**

G1    Impfempfehlung einführen

Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda**

Antrag: G 1

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Impfeempfehlung einführen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Alle von der Ständigen Impfkommission (STIKO) am Robert-Koch-Institut empfohlenen  
4 Impfungen (u.A. MMR, Hep A;B,Keuchhusten) sollen mit Ausnahme von vorliegenden  
5 Allergien, unter Vorbehalt der Zustimmung eines Erziehungsberechtigten, auch verpflichtend  
6 sein.

7  
8 **Begründung:**

9 In Deutschland gehen mal wieder Masern um, und das obwohl sich die Regierung verpflichtet  
10 hat diese bis 2015 auszurotten. Dies konnte nur passieren, weil sich Eltern weigern ihre Kinder  
11 zu impfen. Dafür werden Argumente verwendet wie, Impfen kann Autismus verursachen oder  
12 es gebe starke Nebenwirkungen. Beides ist falsch. Auf über 37 Millionen Impfungen im Jahr  
13 kommen nicht einmal 1000 Fälle von Nebenwirkungen. Das ist weniger als 0,0005 Prozent.  
14 Auch das mit dem Autismus ist Unsinn. Die Studie die dort angegeben wurde ist als gefälscht  
15 zurückgezogen worden. Es hat noch nie einen Fall gegeben in dem Impfen Autismus  
16 verursacht hat.

17 Impfen ist eine sehr sichere Methode seine eigenen Kinder gegen potentiell tödliche  
18 Krankheiten zu schützen. Und nicht nur das, auch fremde Kinder werden geschützt. Die  
19 Ausfallquote beim Impfen ist 3 Prozent. Das heißt, dass unter 100 Kindern 3 nicht geschützt  
20 sind. Sollten alle anderen Kinder geimpft sein, ist aber die Wahrscheinlichkeit dass sich die  
21 ungeschützten Kinder anstecken sehr gering. Es geht also nicht nur um die Sicherheit der  
22 eigenen Kinder, sondern auch um alle anderen. Hierbei muss der Staat eingreifen um die  
23 Kinder zu schützen die nicht geschützt sind.

24 Sollte ein Kind allergisch auf den Impfstoff sein entfällt natürlich eine Impfung.

- 25  
26  angenommen  
27  abgelehnt  
28  überwiesen an

29

## **B Bildung**

- |    |                                                                                          |                                |
|----|------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------|
| B1 | Den Managern von morgen Mitbestimmung und demokratische Strukturen im Unternehmen lehren | Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg |
| B2 | Flächendeckende Weiterbildungsberatung anbieten                                          | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: B 1

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

Betr.: Den Managern von morgen Mitbestimmung und demokratische Strukturen im Unternehmen lehren

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Um der Anforderung, ein demokratisches Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zu bilden,  
4 gerecht zu werden, werden die SPD-Fraktionen im Bundes- und Landtag dazu aufgefordert,  
5 sich dafür einzusetzen, in Lehrplänen für Pflichtveranstaltungen von BWL- und  
6 Managementstudiengängen Mitbestimmung von ArbeiterInnen und demokratische Strukturen in  
7 Unternehmen zu integrieren.

8  
9  
10  
11 **Begründung:**

12 Eine von der gewerkschaftsnahen Hans Böckler Stiftung finanzierte, kürzlich erschienene  
13 explorative Studie zeigt auf, wie wenig bis gar nicht Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und  
14 Arbeitnehmern in den Lehrplänen von künftigen Managerinnen und Managern thematisiert wird.  
15 Oft werden, so stellen die Autoren der Studie dar, demokratische Strukturen im Unternehmen  
16 lediglich als juristische Rahmenbedingung gelehrt.  
17 Wir möchten uns dafür einsetzen, dass besonders Menschen, die künftig ein ganzes  
18 Unternehmen führen werden und somit unmittelbar die Arbeitsbedingungen der  
19 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestalten und beeinflussen, zumindest wissen, was ein  
20 Betriebsrat ist und dass auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über ein gewisses  
21 Mitspracherecht verfügen.

- 22  
23  
24  
25  angenommen  
26  abgelehnt  
27  überwiesen an  
28

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda**

Antrag: B 2

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Flächendeckende Weiterbildungsberatung anbieten

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Wir brauchen eine flächendeckende und unabhängige Weiterbildungsberatung. Die dazu  
4 gehörigen Anlaufstellen sollten in bisher existierende Einrichtungen integriert werden. Die  
5 Anlaufstellen wären kontinuierliche Stützpunkte für Weiterbildungsfragen im Verlauf der  
6 gesamten Arbeitsbiografie, die regionale Qualifizierungsmöglichkeiten genau kennen und auch  
7 auf in den Bundesländern geschaffenen Strukturen und Kompetenzen aufbauen. Das  
8 Kooperationsverbot sollte dementsprechend in Weiterbildungsfragen aufgehoben werden.

9  
10 **Begründung:**  
11 Beschäftigten und Arbeitgeber\_innen fällt es oft schwer, sich eine Übersicht über  
12 Weiterbildungsangebote und deren Qualität zu verschaffen. Dies lässt sich teilweise auf die  
13 zersplitterte Beratungs- und Förderlandschaft auf Bundes- und auf Länderebene, die sich auf  
14 unterschiedlichste Zielgruppen und Berufsbereiche fokussiert. Schätzungsweise geht man von  
15 bundesweit rund 200 größtenteils zeitlich limitierten Weiterbildungsförderprogrammen aus..  
16 Diese „Informationszumahmung“ benachteiligt kleine Unternehmen und bildungsferne Gruppen.  
17 Weiterbildungsnachfrage und -angebot sind außerdem noch zu selten aufeinander abgestimmt.  
18 Die Schaffung einer Weiterbildungsberatung würde diesen Problemen entgegenwirken.

- 19  
20  angenommen  
21  abgelehnt  
22  überwiesen an

23

## **IN Internationales**

IN1 Freie Nachrichten in Polen  
IN2 Einfrieren von EU-Mitteln für  
Antidemokraten

Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda**

Antrag: IN 1

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz,  
SPD-Landesparteitag, Juso-Bundeskongress,  
SPD-Bundesparteitag

Betr.: Freie Nachrichten in Polen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Wir fordern die SPD auf die Mittel auf Bundes und Landesebene freizustellen um unabhängige  
4 und freie Medienzugang innerhalb Polens zu ermöglichen. Hierfür sollen die öffentlich-  
5 rechtlichen Medien eine Plattform für polnische Journalisten realisieren.

6  
7 **Begründung:**

8 Wir Jusos beobachten den Rechtsruck in Polen mit größter Sorge und befürchten, dass eine  
9 Gleichschaltung der dortigen Medien innerhalb der nahen Zukunft erfolgen wird. Wir wollen als  
10 Sozialdemokraten gegen die Nationalisierung der Europäischen Politik vorgehen, die  
11 Einrichtung und Sicherung des Zugangs zu unabhängigen Medien ist ein wichtiger Schritt um  
12 dies zu sichern. Wir dürfen nicht zuschauen während in einem Land dass schon so oft für  
13 demokratische Mechanismen zurückgeschraubt werden. Um gegen antidemokratisches  
14 Vorgehen vorzugehen müssen wir demokratische Bestrebungen unterstützen, lasst es uns  
15 anpacken, für freie Medien in Polen und für mehr Demokratie in Europa.

- 16  
17  angenommen  
18  abgelehnt  
19  überwiesen an

20

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda**

Antrag: IN 2

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress,  
SPD-Bundesparteitag

Betr.: Einfrieren von EU-Mitteln für Antidemokraten

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Wir fordern die SPD auf nach Abschluss der Rechtsprüfung durch die EU, jegliche  
4 Ausgleichszahlungen und Fördermittel seitens der EU an Polen auf allen möglichen Ebenen  
5 einzustellen. Antidemokratische Wahlversprechen dürfen nicht durch unser Zuschauen und  
6 unsere Finanzierungen realisiert werden.

7

8 **Begründung:**

9

10 Den Rechtsruck in Polen beobachten mit großer Sorge. Es gibt eine klare Abwendung von  
11 gemeinsamen europäischen Werten und einen Bruch mit Werten der westlichen Welt bzgl.  
12 Rechten des Individuums, der Meinungsfreiheit und der Menschlichkeit, z.B. beim Thema  
13 Flüchtlinge. Wir fordern die SPD auf Bundes und Landesebene die Konsequenzen aus dem  
14 Handeln der polnischen Regierung zu ziehen. Gemeinschaftliche EU-Fördermittel und  
15 Unterstützungen aus Deutschland und den anderen Ländern der EU dürfen nicht für eine  
16 Legitimierung der Aktionen der polnischen Regierung dienen. Die Fackel der Zivilisation, der  
17 europäischen Rechte, darf nicht an radikale Rechte gegeben werden.

18

- 19  angenommen  
20  abgelehnt  
21  überwiesen an

22



## **V Verkehr, Umwelt, Tierschutz, Mobilität und Infrastruktur**

V1	Mobilität im ländlichen Raum	Unterbezirk Kassel-Land
V2	Ausbau der digitalen Mobilität	Unterbezirk Kassel-Land
V3	Glück Auf, Bürger*innenenergie	Unterbezirk Kassel-Stadt
V4	Resolution: Mit uns zieht die neue Zeit- Sozialismus auch für Tiere	Unterbezirk Kassel-Stadt
V5	Mehr Tierschutz in der SPD- Bundestagsfraktion	Unterbezirk Kassel-Stadt
V6	Einheitspfand	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: V 1

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress

Betr.: Mobilität im ländlichen Raum

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Der NVV ist das Herzstück des mobilen Lebens für den Landkreis Kassel und deswegen  
4 unabdingbar für einen attraktiven, ländlichen Raum. Der NVV muss deswegen nicht nur  
5 erhalten, sondern noch weiter ausgebaut werden.

6 Kassel als Standort für Studierende ist in den letzten Jahren stark gewachsen, Tendenz  
7 nachwievor leicht steigend. Damit wird Kassel als Wohnort immer teurer – der ländliche Raum  
8 allerdings beklagt immer mehr Leerstand. Das größte Problem für den ländlichen Raum sind in  
9 dem Fall aber nicht die Mietpreise, sondern die Probleme der Anbindung über öffentliche  
10 Verkehrsmittel. Daran müssen wir arbeiten und die Taktungen für abgelegene Orte vernünftig  
11 überarbeiten. Darüber hinaus müssen Nachtzüge auf den Linien der RegioTrams eingeführt  
12 werden.

13 Außerdem fordern wir den Ausbau von möglichen, vergünstigten Angeboten für Auszubildende  
14 und Schüler\*innen sowie für Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Eine  
15 schlechte finanzielle Lage kann nicht entscheidend sein, ob man von dem Transportangebot  
16 vor Ort Gebrauch machen kann oder nicht. Ausgrenzung fängt schon da an, wo andere zu  
17 Veranstaltungen kommen und man selbst nicht. Deswegen muss jedem Menschen ermöglicht  
18 werden, jederzeit das Angebot des NVVs nutzen zu können.

19 Wir halten daran fest, dass der NVV, sowie alle Verkehrsverbünde Deutschlandweit, als Form  
20 der Daseinsfürsorge wichtigen Bestandteil des täglichen Lebens sind. Damit muss letztlich  
21 auch sichergestellt werden, dass Jede\*r die Angebote des ÖPNV vor Ort nutzen kann. Die  
22 kostenlose Nutzung des öffentlichen Verkehrs ist damit ein Ziel sozialdemokratischer Politik,  
23 auf lange Sicht gesehen.

24  
25 **Begründung:**

- 26  
27  
28  
29  angenommen  
30  abgelehnt  
31  überwiesen an

32

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: V 2

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress

Betr.: Ausbau der digitalen Mobilität

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Internet ist ein Grundrecht, so entschied es der Bundesgerichtshof am 24.01.2013. Seitdem  
4 sind wir nicht besonders weit gekommen, was Stabilität und Ausbau der Netze, Anpassung der  
5 Bildungssysteme und Überarbeitung der Kosten- und Finanzierungsmodelle angeht.

6 Deswegen fordern wir:

- 7 1. Das Breitbandangebot überall so auszubauen, dass es den modernen Medien und  
8 Standards mehr als genügt und ausbaufähig bleibt. Immerhin handelt es sich nicht um  
9 ein nationales Medium, sondern ein Internationales. Während weltweit Nordkorea  
10 Spitzenreiter ist, mit einer Übertragungsrate von 23mbps im Durchschnitt, aber auch  
11 europäische Staaten wie die Niederlande (15.2 mbps) gut im Rennen liegen, liegt  
12 Deutschland (10.7mbps) für eine so reiche Industrienation weit zurück. Auch hier  
13 handelt es sich nur um Schnittmengen, der reguläre Haushalt bei der größeren  
14 Bevölkerung in Deutschland liegt vermutlich weit darunter. Deswegen fordern wir bis  
15 2025 den Ausbau in jedem Haushalt auf mindestens 32mbps zu ermöglichen.
- 16 2. Den Ausbau des Bildungsangebots an Schulen, in Bezug auf moderne Medien und  
17 digitale Gesellschaft muss sehr viel stärker vorangetrieben werden. Offenes W-Lan an  
18 allen Schulen, ein neuer, digitaler Unterricht und neue Ausstattungen für Schüler\*innen  
19 und Lehrer\*innen sind unbedingt notwendig, wenn wir jedem, unabhängig des sozialen  
20 Ursprungs, die gleichen Möglichkeiten in der Bildung ermöglichen wollen.
- 21 3. Wir stimmen den sozialen Mindeststandards für Arbeitsverhältnisse mit und um das  
22 Internet des auf dem Bundesparteitag beschlossenen Antrags "#digitalLeben" zu.
- 23 4. Muss im Zuge des Ausbaus immer wieder überprüft werden, ob das Internet als  
24 Informationsstrom und -quelle der Zukunft nicht Beitragsfrei oder zumindest nahezu frei  
25 für Privatpersonen und -Haushalte bleiben sollte.
- 26 5. Die Aufweichung und Auflösung der Netzneutralität lehnen wir entschieden ab.

27  
28  
29 **Begründung:**

- 30  
31  
32
- 33  angenommen
  - 34  abgelehnt
  - 35  überwiesen an
- 36

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: V 3

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress,  
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag,  
SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundesparteitag,  
SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Glück Auf, Bürge\*innenrenergie!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Wir Jusos lehnen Ausschreibungs-Vergabe-Systeme für Erneuerbare-Energien-Anlagen nach  
4 wie vor ab. Sie bleiben teuer, deckeln den Ausbau und bevorzugen kapitalstarke Investoren  
5 bzw. Großkonzerne. Dabei könnte mit regional verankerten und finanzierten Projekten ein  
6 vielfaches an Wertschöpfung vor Ort generiert werden.

7 Ob die Zugeständnisse für Bürge\*innenrenergiegesellschaften in der aktuellen EG-Novelle  
8 daran etwas ändern werden, bleibt abzuwarten. Wir Jusos fordern daher, die Maßnahmen  
9 ständig daraufhin zu überprüfen, ob sie den vom BMWi selbst ausgegebenen Zielen  
10 Versorgungssicherheit, Kosteneffizienz und Akteursvielfalt zuträglich sind.

11 Außerdem sprechen wir Jusos uns weiterhin strikt gegen eine Deckelung des Ausbaus der  
12 Erneuerbaren Energien aus. Im Gegenteil fordern wir massive Anstrengungen und günstige  
13 Rahmenbedingungen für einen forcierten dezentralen Ausbau. Es muss schnellstens eine  
14 Lösung gefunden werden, die Speichersysteme und Biogasanlagen in virtuellen Kraftwerken  
15 wirtschaftlich als regionalen Grünstrom vermarktbar macht. Neben den reduzierten Ausgaben  
16 für fossile Energieträger entlasten so zusätzliche Einnahmequelle kommunale Haushalte bei  
17 insgesamt steigender regionaler Wertschöpfung.

18 Außerdem bekennen wir Sozialdemokrat\*innen uns zu einer starken Windindustrie mit über  
19 130.000 Beschäftigten in ganz Deutschland. Daher werden wir die Rahmenbedingungen für  
20 einen starken Heimatmarkt wieder optimieren.

21 Der Verlust vieler Zehntausender Arbeitsplätze in der Solarindustrie aufgrund falscher  
22 politischer Entscheidungen der schwarz-gelben Bundesregierung darf sich in der Windindustrie  
23 keinesfalls wiederholen. Dafür werden wir uns gemeinsam mit Bündnispartner\*innen wie der IG  
24 Metall einsetzen.

25  
26  
27 **Begründung:**

28  
29 Erfolgt mündlich

- 30  
31  
32  angenommen  
33  abgelehnt  
34  überwiesen an

35

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: V 4

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

Betr.: Resolution: Mit uns zieht die neue Zeit - Sozialismus auch für Tiere

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 **1. Einleitung**

4 Als sozialdemokratische Bewegung setzen wir uns seit jeher für die Werte „Freiheit,  
5 Gerechtigkeit und Solidarität“ ein. Wir kämpfen an, gegen Leid und versuchen mit all unserer  
6 Kraft Lebensbedingungen zu verbessern. Wir sind überzeugt, dass sich niemand über andere  
7 hinweg setzen sollte. Den Satz von Immanuel Kant „Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo  
8 die Freiheit des Anderen beginnt“ würden wir wohl vorbehaltlos zustimmen.

9 Und dennoch tolerieren wir Ungerechtigkeit und Unfreiheit und verspüren keine derartige  
10 Solidarität, wenn wir über nichtmenschliche Lebewesen sprechen. Tiere sperren wir ein, wir  
11 verdinglichen sie, wir töten und demütigen sie. Während wir das Leid von Menschen stets  
12 beklagen, uns über schlechte Arbeitsbedingungen empören, verhalten wir uns gegenüber  
13 Tieren als Unterdrücker\*innen. Während wir uns als Teil der Arbeiter\*innenbewegung stets als  
14 Verfechter\*innen der Rechte der Schwächeren in der Gesellschaft sehen, verwehren wir gleiche  
15 Solidarität jenen, die auf sie in ähnlicher Weise angewiesen wären.

16 Dabei geht beispielsweise unser Fleischkonsum nicht nur zu Lasten der Tiere, sondern auch  
17 auf Kosten von Umwelt, Klima und Menschen vor allem in anderen Teilen der Welt.

18 *„Mit der Produktion tierlicher Produkte, die vornehmlich in der*  
19 *sogenannten „ersten Welt“ konsumiert werden, wird in anderen Teilen*  
20 *der Erde Hunger geschaffen, Urwälder abgeholzt, Trinkwasser*  
21 *verseucht und das Klima angeheizt. [...].“<sup>1</sup>*

22 Während wir unseren Konsum auf Kosten anderer Teile der Welt inzwischen in weiten Teilen  
23 hinterfragen, gibt es noch immer einen gesellschaftlichen Konsens darüber, dass es in Ordnung  
24 sei, Tiere auszubeuten. Doch das Umdenken hat begonnen. Der gesellschaftliche Konsens  
25 bröckelt.

26 Als Teil einer progressiven internationalen Bewegung, wollen wir beginnen, uns auch mit  
27 unserem „Tierkonsum“ kritisch auseinanderzusetzen und unser Verhältnis gegenüber Tieren zu  
28 hinterfragen. Wir sind eine Bewegung, die Machtverhältnisse kritisiert, wenn es um die Rechte  
29 von Frauen und Minderheiten geht. Die nach Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit  
30 strebt. Auf dem Weg in eine gerechtere, freiere und solidarischere Gesellschaft müssen wir  
31 auch unsere Macht- und Gewaltposition gegenüber Tieren reflektieren und verändern.

32

33 **2. Tierkonsum in Deutschland und dessen wirtschaftliche und ökologische**  
34 **Folgen**

35 Die „Geflügelproduktion“ in Deutschland ist in den letzten 20 Jahren um fast 75% gestiegen.

---

<sup>1</sup> Hartmut Kiewert

<http://hartmutkiewert.de/2011/03/interview-fur-robin-wood/>

36 Während viel mehr produziert wird, geht jedoch die Zahl der produzierenden Betriebe stetig  
37 zurück. Die Anzahl der Mastbetriebe ist im gleichen Zeitraum um etwa 95% gesunken. Für 2016  
38 sind bereits mindestens 10,8 Millionen neue Stallplätze für Geflügel beantragt. Ähnlich sieht es  
39 bei der „Produktion“ von Schweinefleisch aus. Während sie um 50% gestiegen ist, sank die  
40 Anzahl der Betriebe um 90%.<sup>1</sup> Unsere hohe Nachfrage nach möglichst billigem Fleisch führte in  
41 den letzten zwei Jahrzehnten zu einem extremen Wandel in der „Fleischproduktion“. Einerseits  
42 wurden dadurch bäuerliche Betriebe vom Markt verdrängt, andererseits ging diese Entwicklung  
43 auch immer zum Leid der Tiere. Deren Haltung wird mehr und mehr "intensiviert", was bedeutet,  
44 dass mehr Tiere auf weniger Raum gehalten werden. Die Tierproduktion ist inzwischen fast  
45 vollständig industrialisiert. Immer weniger Arbeitskräfte werden benötigt, um immer mehr Tiere  
46 zu "versorgen".  
47 Während die großen Tierfabriken die Gewinne einstreichen, müssen kleine Bauernhöfe mehr  
48 und mehr um ihre Existenz bangen. Ihnen fehlt oft das Kapital, um in teure Maschinen zu  
49 investieren und der Platz, um mit den großen mithalten zu können. Das Schlagwort lautet hier:  
50 "Wachsen oder weichen".<sup>2</sup>

51  
52 Auch in der Milchproduktion führt der anhaltende Preiskampf zu immer schlechteren  
53 Lebensbedingungen für die Tiere. Bei einem Milchpreis von 28 Cent pro Liter im Herbst 2015,  
54 können Produktionskosten kaum noch gedeckt werden und kleine Betriebe müssen ihre  
55 Produktion einstellen.<sup>2</sup>  
56 Tierliche Produkte werden anders als uns Werbung und Verpackungen vermitteln wollen heute  
57 fast ausschließlich in Tierfabriken erzeugt. Die Heidi-Idylle gibt es nur in Werbeversprechen.  
58 Unser Konsum hat dabei auch abseits der tierrechtlichen Perspektive katastrophale Folgen:

- 59 • „80-90% des in Deutschland verfütterten Sojaschrotts geht direkt in die  
60 'Fleischproduktion'“

61 Dabei richtet der Sojaanbau für den weltweiten Fleischmarkt vor allem in Südamerika große  
62 Schäden an. Die weiterhin fortschreitende Rodung des Regenwalds zur Schaffung neuer  
63 Anbauflächen und die einseitige Nutzung der Flächen führen zu Klimaschäden und verhindern  
64 einen nachhaltigen Schutz der dortigen Natur. Statt pflanzliche Nahrung sinnvoll zur Ernährung  
65 der Weltbevölkerung zu nutzen, quälen wir Tiere und verschwenden Wasser-, Energie- und  
66 Nahrungsressourcen, um daraus Fleisch „herzustellen“.<sup>3</sup>

- 67 • Durch Massentierhaltungsbetriebe sinkt vielerorts in Deutschland die  
68 Grundwasserqualität. Zu hohe Nitratwerte führen mancherorts gar zu ungenießbarem  
69 Wasser. So ist beispielsweise in Hessen jedes siebte Grundwasservorkommen nicht  
70 mehr trinkbar.<sup>4</sup>

71

### 72 **3. Geschichte und Theorie**

73 Die politische Linke in ihren unterschiedlichen Ausprägungsformen hat vielfältige  
74 Schnittmengen mit der Tierrechtsbewegung und Tierbefreiungsbewegung. Auch die  
75 Sozialdemokratie oder ihr nahestehenden Personen und Gruppierungen haben sich immer  
76 wieder mit der Frage des richtigen Umgangs und der Gewalt an Tieren beschäftigt. Erinnerung sei  
77 u.a. an die abwägenden gesellschaftskritischen und ernährungsphysiologischen Überlegungen  
78 August Bebels in die "Frau und der Sozialismus". Kautskys Kritik an der Scheinheiligkeit der  
79 Forderungen der Bourgeoisie, Sklaven und Tieren zu schützen und die Unterdrückung der

---

<sup>2</sup> Fleischatlas 2016

[https://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/landwirtschaft/160113\\_bund\\_landwirtschaft\\_fleischatlas\\_regional\\_2016.pdf](https://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/landwirtschaft/160113_bund_landwirtschaft_fleischatlas_regional_2016.pdf)

<sup>3</sup> Ebenda.

<sup>4</sup> Ebenda.

80 Kinder und der Arbeiterklasse zu übersehen<sup>5</sup>. Oder Rosa Luxemburgs Briefe aus dem  
81 Breslauer Frauengefängnis, in denen sie ihre Empathie und Solidarität mit einem Büffel  
82 ("Büffelbrief") und an anderer Stelle mit „ihren“ Vögeln ausdrückt.

83  
84 Beachtet werden müssen auch, bei aller berechtigten und notwendigen Kritik, die Bünde  
85 Leonard Nelsons, der Internationale Jugendbund (IJB) und der Internationale Sozialistische  
86 Kampfbund (ISK). Die Bünde arbeiteten an einer sozialistischen Gesellschaft und legten ihren  
87 Fokus auf die Bildungsarbeit, zu welcher u.a. die Walkemühle in Melsungen genutzt wurde.  
88 Neben anderen Mindestanforderungen an eine Mitgliedschaft wurde auch die Arbeit in anderen  
89 sozialistischen Organisationen (etwa USPD/SPD) als auch die vegetarische Ernährung  
90 vorausgesetzt.

91  
92 Nelson hat eine der ersten Tierrechtstheorien geschrieben. Für ihn müssen auch die Interessen  
93 von Tieren berücksichtigt werden. Wer Interessen hat, hat auch Rechte, aber nicht  
94 notwendigerweise hat der oder diejenige auch Pflichten. Ein breit akzeptiertes Beispiel ist  
95 sicherlich, dass kleine Kinder Rechte haben, aber nicht die Pflicht sich so und so zu verhalten,  
96 weil sie noch keine Einsicht in das Sittengesetz haben oder dieses ihr Handeln nicht  
97 konstituieren kann. Die unmittelbare Spezieszugehörigkeit darf daher keinen Unterschied  
98 ausmachen. Allerdings kann (mangelnde) Vernunftfähigkeit einen Unterschied in der  
99 Behandlung ausmachen, dieser müsse aber begründet werden und dürfe nicht schon  
100 vorausgesetzt werden. Zudem argumentiert Nelson bei Tieren für ein Vormundschaftsrecht statt  
101 einem Eigentumsrecht, da Tiere keine Sachen sondern Lebewesen seien. Sie dürfen daher  
102 nicht produziert, verkauft, getötet etc. werden, da dies ihren Interessen offensichtlich  
103 widerspricht.

104  
105 Willi Eichler führte den ISK nach Nelsons Tod fort. Er wurde später "Cheftheoretiker der  
106 Nachkriegs-SPD" und war einer der wesentlichen Verfasser des Godesberger Programms. Den  
107 Essay "Sogar Vegetarier" von 1926 endete er mit den Worten:

108 *"Wir sind Sozialisten und kämpfen gegen die Ausbeutung. Ausbeutung*  
109 *heißt willkürliche Verletzung von Interessen. Pflanzen-Interessen kennen*  
110 *wir nicht, können sie also auch nicht willkürlich verletzen; wir können*  
111 *Pflanzen also auch nicht ausbeuten. Tier-Interessen kennen wir; wir*  
112 *können also Tiere ausbeuten, und wir tun dies, wenn wir uns von ihrem*  
113 *Fleisch ernähren, solange Pflanzen genug da sind. Solange wir selbst*  
114 *ausbeuten, verwirken wir damit das Recht, von anderen zu verlangen,*  
115 *daß sie uns nicht ausbeuten. Wir hören damit also auf, Sozialisten zu*  
116 *sein. Wer die Forderung der ausbeutungsfreien Gesellschaft ehrlich zu*  
117 *Ende denkt, wird Vegetarier."<sup>6</sup>*

118 Der ISK bereitete sich auf die Machtergreifung Hitlers vor und ging geschlossen in den  
119 Untergrund, um Nazi-Deutschland zu bekämpfen. Mit vegetarischen Gaststätten im In- und  
120 Ausland wurde Widerstandsarbeit finanziert, Emigranten und mit Berufsverboten belegten  
121 Aktivisten Arbeit und Einkommen geboten und Maschinen zur Vervielfältigung von Speisekarten  
122 auch für Flugblätter genutzt.

123 Nach 1945 wurde die Mitgliedschaft und Arbeit im ISK von Kurt Schuhmacher und anderen als  
124 offizielle Arbeit in der SPD anerkannt und viele der Aktiven der ISK halfen beim Aufbau der SPD  
125 und einer demokratischen Gesellschaft mit. Das Engagement für Tiere musste in dieser  
126 Situation in das Private weichen.

---

<sup>5</sup> Die Vivisektion des Proletariats (1881),  
<https://www.marxists.org/deutsch/archiv/kautsky/1881/10/vivisektion.htm>

<sup>6</sup> Willi Eichler: Sogar Vegetarier?  
[http://sozis-tiere.de/files/Sogar\\_Vegetarier-Willi\\_Eichler-ISK-1926.pdf](http://sozis-tiere.de/files/Sogar_Vegetarier-Willi_Eichler-ISK-1926.pdf)

127 So sparte sich die Sozialdemokratie Kritik an der Nutzung von Tieren in der Nachkriegszeit.  
128 Exemplarisch für die dauerhafte Abwesenheit jeglicher Kritikfähigkeit an den herrschenden  
129 Zuständen steht der einzige Satz zu der Thematik im SPD Bundestagswahlprogramm 1998:  
130 "Wir wollen den Tierschutz verbessern".

131  
132 **4. Machtverhältnisse hinterfragen**  
133 Tiere existieren nicht im luftleeren Raum oder ausschließlich in philosophischen Diskussionen,  
134 sie sind in vielfältigen gesellschaftlichen Verhältnissen eingebettet. Der Begriff des sogenannten  
135 „Nutztieres“ sagt beispielsweise viel über unser Verhältnis zu Tieren im Allgemeinen aus. Tiere  
136 sehen wir als Eigentum und sprechen ihnen damit ihr Selbstbestimmungsrecht ab. Wir tun dies,  
137 in dem Bewusstsein, dass Tiere durchaus fühlen und ein Interesse an körperlicher  
138 Unversehrtheit haben. Nur durch die Ignoranz ebenjener Tatsache, können wir unser Verhalten  
139 gegenüber Tieren legitimieren.

140 *„Die Denkmechanismen, welche Ausbeutung von Tieren legitimieren,*  
141 *überschneiden sich mit denen, welche die Ausbeutung von Menschen*  
142 *legitimieren. Der Mensch konstruiert durch das Abwerten des Tieres*  
143 *bzw. des Fremden seine eigene Höherwertigkeit. Unsere Kultur ist durch*  
144 *eine Hierarchie geprägt, an deren Spitze der weiße, gesunde, männliche*  
145 *Mensch steht und an deren Ende das zur Ausbeutung preisgegebene*  
146 *Tier.“<sup>7</sup>*

147 Wir müssen hinterfragen, warum wir manche Tiere essen und andere nicht und warum wir mit  
148 manchen Tieren zusammen leben wollen und mit anderen nicht. Auch die Soziologie hat diese  
149 Themen lange vernachlässigt und erst seit ein paar Jahren bilden sich die Human-Animal  
150 Studies oder Critical Animal Studies heraus, die sich mit solchen Fragen beschäftigen. Als  
151 Jungsozialist\*innen müssen wir auf diesen aufbauen und uns muss weiter interessieren, wie die  
152 Tierindustrie mit dem Kapitalismus verwoben ist, d.h. wie sie einander bedingen und welche  
153 politischen Ansatzpunkte sich für uns bieten. Auch die Frage, ob Tiere essen männlich sei, also  
154 inwiefern Rollenbilder mit dem Konsum von Tieren zusammenhängen sind für einen linken und  
155 feministischen Richtungsverband notwendige Arbeitsfelder. Für uns als Jungsozialist\*innen  
156 müssen Alternativen für Tierkonsumartikel bezahlbar sein, wir wollen die Frage nach einem  
157 gerechten Umgang nicht zu einem künstlichen Distinktionsmittel zwischen arm und reich  
158 werden lassen.

159  
160 Ziel politischer Theorie der Jungsozialist\*innen muss sein, bestehende linke Kritik an der  
161 Ausbeutung von Tieren weiterzuentwickeln praktisch werden zu lassen.

162  
163 **5. Antiemanzipatorische Standpunkte bekämpfen wir**  
164 Es gibt Organisationen und Aktivist\*innen (O & A), die ihr vermeintliches Engagement für Tiere  
165 nur für ihre reaktionäre oder faschistische Hetze benutzen. Weiterhin nutzen manche O & A  
166 Sprache und Methoden, die antiemanzipatorisch sind.

167  
168 **Solche Organisationen und Aktivist\*innen bekämpfen wir!**  
169 Das (vermeintliche) Engagement für Tiere ist nichts wert, wenn es xenophob oder sexistisch  
170 gelesen werden kann. Ein "Hauptsache für die Tiere" kann es für uns und jeden progressiven  
171 Verband nicht geben. Vielmehr müssen wir solche O & A bekämpfen, denn sie schaden unseren  
172 Anliegen als queere feministischer, antifaschistischer und internationalistischer  
173 Richtungsverband.

174  
175 **6. Was folgt? - Konsequenzen für unsere Arbeit**  
176 Im Kampf für eine gerechtere Welt, dürfen wir die Augen nicht vor dem Leid von Tieren

---

<sup>7</sup> Hartmut Kiewert

<http://hartmutkiewert.de/2011/03/interview-fur-robin-wood/>



177 verschließen. Wir müssen unseren eigenen Umgang mit Tieren als "Konsumgut", "Ware" und  
178 "Ding" hinterfragen und die Strukturen erkennen, in denen wir als Ausbeuter\*innen agieren. Wir  
179 dürfen nicht die Augen verschließen, vor dem Strukturwandel in industrieller Tierhaltung und  
180 Landwirtschaft, sondern müssen uns den Tatsachen in Tier- und Schlachtfabriken bewusst  
181 werden.

182 Wir Jungsozialist\*innen definieren uns als emanzipatorischer Richtungsverband. Wir wollen  
183 daher auch gegen Gewalt an und Unterdrückung von Tieren kämpfen:

- 184 1. Tiere sind empfindungsfähige Lebewesen, die aus sich heraus Rechte besitzen. Da sie  
185 jedoch nicht in der Lage sind, diese Rechte einzufordern, bedürfen sie des Schutzes der  
186 Gesellschaft.
- 187 2. (Massen-)Tierhaltung ist von Menschen gemacht. Sie existiert nicht im leeren Raum,  
188 sondern ist ökonomisch, politisch und gesellschaftlich gewachsen. Sie ist zu hinterfragen  
189 und kann von Menschen auch wieder beendet werden.
- 190 3. Die agrarischen Anstrengungen hin zu einer gewaltfreien Landwirtschaft sind enorm. Wir  
191 müssen so früh wie möglich in die Forschung einer tierfreien Landwirtschaft investieren  
192 und tierleidfreie Höfe unterstützen.
- 193 4. Das Motto der Tierfabrikenindustrie lautet: "Der Anderen Tod ist unser Brot". Folglich  
194 kann das Argument der Arbeitsplatzsicherung für uns als Jungsozialist\*innen in beiden  
195 Fällen kein unmittelbares Argument sein. Gleichwohl sind die Menschen in ihren  
196 prekären Jobs in den Tierfabriken in keinsten Weise zu bestrafen. Sie müssen daher  
197 durch Umschulungen und finanzielle Hilfe solange unterstützt werden, bis sie andere  
198 Jobs gefunden haben.
- 199 5. Individuen sollten ihre Gründe für ihren Tierkonsum hinterfragen. Dieser  
200 Reflektionsprozess ist zu unterstützen. Allerdings darf Individuen kein moralischer  
201 Vorwurf für ihre Konsumhaltungen gemacht werden.
- 202 6. Es ist schwer aus mächtigen Einflüssen seiner Sozialisierung und der Werbung  
203 auszubrechen und gelingt wohl nur partiell. Dennoch halten wir Konsumgewohnheiten  
204 grundsätzlich für von Menschen gemacht und somit änderbar.
- 205 7. Empfindungsfähige Tiere werden auf engstem Raum eingesperrt, ihre Nahrung,  
206 Bewegung und auch die Dauer ihres Lebens werden ökonomisch bestimmt. Der  
207 Konsum von Tieren kann keine Privatsache sein, weil massiv in das Leben anderer  
208 eingegriffen wird.
- 209 8. Ansatzpunkt jungsozialistischer Tierrechtsarbeit und Tierbefreiungsarbeit muss daher  
210 neben theoretischen Reflektionen sein die politischen Barrieren für Alternativen  
211 einzureißen und die Produktion und den Konsum von Tieren zu verringern.
- 212 9. Antiemanzipatorische Ansätze müssen auch in dieser gesellschaftlichen  
213 Auseinandersetzung bekämpft werden.
- 214 10. Gewalt an Tieren ist begründungspflichtig, aber nicht begründungsfähig. Wir wollen  
215 einen Einstieg in den Ausstieg.  
216

217 Wer die menschliche Gesellschaft will, muss auch die Ausbeutung von Tieren überwinden.

218

219 **Begründung:**

220

221 Erfolgt mündlich

222

223  angenommen

224  abgelehnt

225  überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: V 5

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Landesgruppe Hessen im Bundestag,  
SPD-Bundestagsfraktion, Juso-Bundeskongress

Betr.: Mehr Tierschutz in der SPD-Bundestagsfraktion

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, den Bereich Tierschutz/- Tierrechte personell  
4 und materiell aufzuwerten.

5  
6  
7 **Begründung:**

8  
9 Die gesellschaftlichen Werte hinsichtlich des Umgangs mit Tieren wandeln sich. Gleichzeitig  
10 ändert sich auch die Art und Weise, wie Tiere produziert werden massiv.

11  
12 Wir sind nicht nur der Meinung, dass wir hinterfragen müssen, wie wir mit Tieren umgehen  
13 wollen, sondern dass dieses vermeintlich weiche Thema auch dazu geeignet ist, Werte und  
14 Haltungen der Sozialdemokratie darzustellen.

15  
16 Die Sozialdemokratie, gerade auch in den Parlamenten, darf sich hier daher nicht wegducken,  
17 sondern muss stattdessen besser ausgerüstet werden um die vielfältigen Arbeitsfelder  
18 abzudecken, über den Tag hinauszudenken und Visionen aufzuzeigen. Keineswegs dürfen wir  
19 die Meinungsführerschaft anderen Parteien überlassen.

- 20  
21  
22  angenommen  
23  abgelehnt  
24  überwiesen an

25

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen**  
**Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda**

Antrag: V 6

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress,  
SPD-Bundesparteitag

Betr.: Einheitspfand

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Wir wollen ein Einheitspfand für Einweg und Mehrweg Getränkebehältnisse. Darüber hinaus  
4 sollen Behältnisse von Getränken die bisher Pfandfrei waren, z.B. Alkoholika, Wein,  
5 "Softdrinks", "Energydrinks", laktosehaltige Getränke, zukünftig auch einem Einheitspfand  
6 unterliegen.

7

8 **Begründung:**

9

10 Erfolgt mündlich.

11

12  angenommen

13  abgelehnt

14  überwiesen an

15

## **F Frauen, Geschlechterfrage und Gleichberechtigung**

F1 Diskriminierung bekämpfen-auch bei uns! Bezirksvorstand

F2 Schluss mit dem Schwarz-Weiß-Denken-  
Vielfalt der Geschlechter auch in der Mavis Bezirksvorstand

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: F 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Diskriminierung bekämpfen – auch bei uns!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Als Jungsozialist\*innen gehören wir einem feministischen Richtungsverband an, der sich für die  
4 Gleichstellung und Gleichbehandlung aller Geschlechter einsetzt. Wir lehnen ungleiche  
5 Bezahlung ebenso ab wie Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Alter, Hautfarbe,  
6 sexueller Orientierung, Einschränkungen oder Ähnlichem.

7  
8 Seit 2013 müssen Ärzte in der Geburtsurkunde eines Kindes keine eindeutige geschlechtliche  
9 Zuordnung mehr vornehmen. Diese längst überfällige Änderung schützt vor allem Kinder, bei  
10 denen nach der Geburt kein Geschlecht eindeutig zu bestimmen ist. Sie zeigt jedoch auch,  
11 dass das sogenannte biologische Geschlecht keine völlig eindeutige Kategorie ist. Dennoch  
12 fordern wir innerverbandlich Menschen bei der Anmeldung zu Veranstaltungen oftmals auf ihr  
13 Geschlecht anzugeben. Die Auswahlmöglichkeiten sind gering, denn wir bewegen uns dort im  
14 binären Geschlechtersystem - männlich und weiblich - und verhindern damit, dass Menschen  
15 mit anderem Geschlecht sich hier wiederfinden können. Wir zwingen Menschen sich in einem  
16 System zu verorten, das wir sonst in Frage stellen.

17  
18 Wir möchten einen Verband, in dem sich alle Menschen einbringen können, die für gleiche  
19 Chancen eintreten. Unser Verband selbst muss sich deshalb an diesem Maßstab messen  
20 lassen und Diskriminierung als mögliche Hürden der Teilhabe abbauen.

21  
22  
23 Daraus folgt für uns:

24  
25 **Für mehr Selbstbestimmung!**

26  
27 Wir wollen auf Veranstaltungen mit Übernachtungen nicht zwischen Menschen  
28 unterschiedlichen Geschlechts selektieren, denn wir lehnen eine von außen diktierte Zuordnung  
29 im binären Geschlechtermodell ab!

30  
31 Auf unseren Veranstaltungen soll sich jede\*r wohlfühlen und die Möglichkeit haben sich ein  
32 Zimmer mit den Personen zu teilen, die ihm\*ihr sympathisch sind.

33 Uns ist Bewusst, dass eine Unterbringung in "gemischten" Zimmer nicht für alle Menschen  
34 einen (gefühlten) sicheren Raum darstellt. Daher wird es die Möglichkeit geben bei der  
35 Anmeldung den Wunsch nach einer separaten Unterbringung zu äußern. Niemand soll dazu  
36 gezwungen werden in einem Raum zu übernachten, in dem er\*sie sich nicht wohlfühlt.

37  
38 Für Menschen unter 16 Jahren haben wir eine besondere Verpflichtung auf deren  
39 Unversehrtheit zu achten. Rechtlich sind wir dazu verpflichtet sie nicht in "gemischten" Zimmern  
40 unterzubringen.

41 Mit diesen Personen werden wir deshalb gesonderte Gespräche im Vorfeld der  
42 Veranstaltungen führen und mit ihnen individuelle Regelungen finden, die weder unsere

43 Aufsichtspflicht verletzen, noch in ihre Persönlichkeitsrechte eingreifen.

44

#### 45 **Für einen sensiblen Umgang miteinander!**

46

47 Um Diskriminierungen auch innerverbandlich bekämpfen zu können, brauchen wir  
48 Multiplikator\*innen vor Ort!

49

50 Besonders im Umgang mit Sexismus bestehen oft große Unsicherheiten. Wir brauchen deshalb  
51 gezielte Schulungen, in denen wir uns mit den folgenden Fragen auseinandersetzen:

52 Was ist überhaupt sensibles Verhalten?

53 Wann diskriminieren wir andere durch unser eigenes Verhalten?

54

55 Wir wollen Vertrauenspersonen in allen Unterbezirken schulen, damit Antidiskriminierungsarbeit  
56 in den Unterbezirken vor Ort geleistet werden kann. Hierfür benennt der Bezirksvorstand zu  
57 Anfang einer jeden Legislatur eine/zwei Person/en, die ein Seminar zu Antidiskriminierung und  
58 Antirassismus durchführt/en. Jeder Unterbezirk sollte mit mindestens einer Person bei diesem  
59 Seminar vertreten sein.

60

#### 61 **Für mehr Aufklärung!**

62

63 Vor jeder größeren Veranstaltung des Bezirksvorstands wird ein Input zum Thema  
64 Antidiskriminierung und sensibles Verhalten bzw. Anti-Sexismus gegeben.

65

66 Diskriminierendes Verhalten betrifft uns alle.

67

68 Wir wollen darüber hinaus für Veranstaltungen, die ein "gemütliches Beisammensein"  
69 beinhalten, Vertrauenspersonen benennen, die Menschen vertrauensvoll zur Seite stehen,  
70 sofern diese diskriminierende oder sonstige belastende Erfahrungen machen. An diese  
71 Personen können sich alle Teilnehmenden während der Veranstaltung jederzeit wenden.

72

73 Als Jugendverband möchten wir auf diskriminierendes Verhalten nicht mit Ausgrenzung,  
74 sondern Aufklärung reagieren.

75

76 Deshalb setzen wir uns für einen fairen Umgang miteinander ein!

77

78 Für uns gilt: "Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden!"

79

80

#### 81 **Begründung:**

82 Erfolgt mündlich.

83

84 §180 StGB Abs. 1 - Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger

85 (1) Wer sexuelle Handlungen einer Person unter sechzehn Jahren an oder von einem Dritten  
86 oder vor einem Dritten oder sexuelle Handlungen eines Dritten an einer Person unter sechzehn  
87 Jahren (1) durch seine Vermittlung (2) durch Gewähren oder Verschaffen von Gelegenheit  
88 Vorschub leistet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Satz 1  
89 Nr.2 ist nicht anzuwenden, wenn der zur Sorge für die Person Berechtigte handelt; dies gilt  
90 nicht, wenn der Sorgeberechtigte durch Vorschubleisten seine Erziehungspflicht gröblich  
91 verletzt.

92

93

94  angenommen

95  abgelehnt

96  überwiesen an

97



**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: F 2

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Schluss mit dem Schwarz-Weiß-Denken – Vielfalt der Geschlechter auch in der Partei anerkennen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 In Deutschland ist es seit einigen Jahren möglich bei der Geburt eines Kindes kein Geschlecht  
4 in die Geburtsurkunde eintragen zu lassen. Mit dieser Änderung wurde ein wichtiger Schritt für  
5 Menschen geleistet, die sich nicht eindeutig in das binäre Geschlechtersystem aus „männlich“  
6 und „weiblich“ einordnen lassen.

7

8 In der Mitgliederverwaltung der SPD ist es jedoch immer noch so, dass ein Geschlecht in Form  
9 einer Zuschreibung in „männlich“ oder „weiblich“ eingetragen wird. Die SPD sollte der  
10 Bundesrepublik in dieser Frage nicht nachstehen und Möglichkeiten schaffen, dass sich alle  
11 Menschen in ihr wiederfinden können.

12

13 Wir fordern deshalb, die MAVIS auf diskriminierende Strukturen zu überprüfen und  
14 Eintragungen abseits von „männlich“ und „weiblich“ zu ermöglichen.

15

16

17

18

19

20

21 **Begründung:**

22 Erfolgt mündlich.

23

24

25

26  angenommen

27  abgelehnt

28  überwiesen an

29

30



## **A Arbeit und Wirtschaft**

A1	Neue Herausforderungen der Arbeitswelt solidarisch gestalten	Bezirksvorstand
A2	Wahlarbeitszeitgesetz	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
A3	Steuersystem neu erfinden: Steuerpflicht an Staatsbürgerschaft koppeln	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
A4	Lücken im Schutzbereich der Unternehmensmitbestimmung schließen	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
A5	Leiharbeiter*innen bei der Berechnung von ALG II besserstellen	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: A 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Neue Herausforderungen der Arbeitswelt solidarisch gestalten

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Unsere Industriegesellschaft steht vor einem erneuten Wandel. Nach den Industriellen  
4 Revolutionen durch die Einführung der Dampfmaschinen, der elektronischen Arbeitsteilung  
5 sowie der Etablierung des Computers stehen wir an der Schwelle zur vierten Phase der  
6 industriellen Entwicklung: der Industrie 4.0. Gekennzeichnet durch lernende Systeme sowie  
7 vernetzte Produktionen wird die nächste Phase der Industriegesellschaft enorme Auswirkungen  
8 auf die Arbeitswelt haben. Diese Veränderungen muss die Sozialdemokratie, als Bestandteil  
9 der ArbeiterInnenbewegung, erkennen und gestalten. Die Industrie 4.0 kann für die Arbeitswelt  
10 eine große Chance sowie eine große Gefahr darstellen. Die Transformation so zu gestalten,  
11 dass sie für die ArbeitnehmerInnen positive Auswirkungen hat, ist die zentrale Aufgabe der  
12 Sozialdemokratie in der nächsten Zeit.

13  
14 **Kann Effizienzsteigerung zu geringeren Arbeitszeiten führen?**

15 Studien zur Entwicklung des Arbeitsmarkts durch Industrie 4.0 sind sich sehr uneins. Die  
16 britischen Wissenschaftler Osborne und Frey haben 2013 berechnet, dass bis 2030 in den USA  
17 durch die Digitalisierung der Arbeit fast die Hälfte der Jobs wegfallen. Diese Studie wird jedoch  
18 vielfach kritisch gesehen. Das Deutsche Institut für Arbeits- und Berufsforschung (IAB) hat in  
19 einer 2014 veröffentlichten Studie berechnet, dass in Deutschland durch den industriellen  
20 Wandel 490.000 Arbeitsverhältnisse verloren gehen. Das entspricht einem Rückgang von ca.  
21 1% der bestehenden Arbeitsverhältnisse. Zugleich entstehen 430.000 neue Stellen in neuen  
22 Bereichen. Es wird somit kaum mit einer Reduzierung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitszeit  
23 gerechnet. Vielmehr wandeln sich die Art der Arbeit sowie die notwendige Qualifizierung für die  
24 Arbeit. Diesen Wandel gilt es zu gestalten. Die Reduzierung der Arbeitszeit scheint bei der  
25 Abnahme der Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte und beim Gleichbleiben der  
26 Nachfrage nach Arbeitskräften nicht der notwendige Schritt. Es geht vielmehr um lebenslange  
27 Qualifizierung, um Flexibilität, um ein Recht auf Feierabend, um Mitsprache und um soziale  
28 Sicherheit. Die wirklich große Chance für eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit von  
29 Angestellten ist die weitestgehende Abschaffung der atypischen Beschäftigung. Erst wenn  
30 Minijobs, Befristungen und Teilzeitarbeit der Geschichte zu weiten Teilen angehören, wird es  
31 genügend Kapazitäten für eine deutliche Reduzierung der Arbeitszeit geben können.

32  
33 **Von der Produktion zur Konstruktion: Wissensarbeit gewinnt an Bedeutung**

34 Einig sind sich die vielfältigen Studien zur Industrie 4.0 wohin sich die Arbeit entwickeln wird.  
35 Die produzierenden Tätigkeiten werden vermehrt durch Computer und Roboter übernommen.  
36 Sie werden weiter an Bedeutung verlieren. An Relevanz gewinnen hingegen Berufe in der  
37 Konstruktion. Die Maschinen müssen kaum noch bedient werden, sie zu konstruieren wird aber  
38 immer schwieriger und bedarf mehr Arbeitskraft. Es wird einen Wandel von händischer Arbeit  
39 zur Kopfarbeit geben. Dieser Wandel birgt Chancen wie Risiken. Die Chancen liegen darin,  
40 dass konstruierende Berufe deutlich besser bezahlt werden und einen deutlichen höheren  
41 Arbeitsschutz haben. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass Menschen nicht den kognitiven  
42 Erwartungen entsprechen und auf der Strecke bleiben. Die Sozialdemokratie muss sich daher

43 für ein solidarisches Schulsystem einsetzen, in dem bereits eine hohe  
44 Wissenschaftsorientierung herrscht. Auch die Berufsausbildung muss aufgewertet werden und  
45 weiterhin hochqualifizierte FacharbeiterInnen ausbilden. Nur durch ein hohes Niveau möglichst  
46 aller AbsolventInnen können wir dafür sorgen, dass die Gesellschaft sich gemeinsam  
47 weiterentwickelt und nicht eine noch weitere Spaltung erfährt. Arbeit 4.0 kann nur gerecht in  
48 einer Gemeinschaftsschule umgesetzt werden.

49 Der schnelle technologische Wandel bedarf zudem einer dauerhaften Weiterbildung der  
50 ArbeitnehmerInnen. Dies muss auch durch die Unternehmen unterstützt werden. Daher ist die  
51 Forderung nach einer Arbeitsversicherung der richtige Weg in die Arbeitswelt der Industrie 4.0.  
52 Die Arbeitsversicherung ist ein solidarischer Weiterbildungsfond, der getragen wird durch einen  
53 ArbeitnehmerInnen- und ArbeitgeberInnenanteil (jeweils 0,5%) sowie einen Steueranteil. Aus  
54 diesem Fond werden umfassende Weiterbildungsmaßnahmen finanziert. Somit sollen die  
55 Arbeitskräfte inhaltlich auf dem Laufenden gehalten werden, müssen aber nicht die finanzielle  
56 Verantwortung dafür tragen.

57

### 58 **Flexibilisierung zum Vorteil der ArbeitnehmerInnen gestalten**

59 Der Technologische Wandel wird zu einer Flexibilisierung der Produktion und somit auch der  
60 Arbeitszeit führen. Diese Flexibilität kann eine Chance darstellen und den gestiegenen Wunsch  
61 nach Arbeitszeitsouveränität entsprechen. Zugleich kann die Flexibilität zu einer Entgrenzung  
62 der Arbeit führen. Die Flexibilität braucht daher ein hohes Maß an Regulierung, um nicht zum  
63 Nachteil für die ArbeitnehmerInnen zu erwachsen.

64 Wir wollen daher ein Recht auf Feierabend. Wer lange gearbeitet hat, muss auch das Recht  
65 haben im Privaten von der Arbeit Abstand zu nehmen und sich zu regenerieren. Dieses Recht  
66 auf Feierabend muss es den ArbeitnehmerInnen ermöglichen längere Zeitschienen und ganze  
67 Tage für den/die ArbeitgeberIn nicht erreichbar zu sein und dabei keine Konsequenzen fürchten  
68 zu müssen.

69 An die zunehmende Flexibilität muss sich auch die Einrichtung der sozialen Daseinsfürsorge  
70 orientieren. So sollte es in jeder größeren Stadt oder in einigen Gemeinden der Landkreise  
71 Kindertagesstätten und Kindergärten mit 24-Stunden-Service geben. Auch die Betreuung von  
72 Grundschulkindern muss an Nachmittagen sichergestellt werden. Daher ist es weiterhin richtig,  
73 das Ziel der flächendeckenden Ganztagschule zu verfolgen.

74 Zunehmen wird auch die Arbeit zuhause in Form von Homeoffice und Telearbeit. Diese Form  
75 der freien Einteilung von Arbeit begrüßen wir. Jedoch muss sie klar reglementiert sein, um nicht  
76 zu einer weiteren Form der Ausbeutung zu verkommen. Telearbeit muss zeitlich erfasst werden  
77 und darf nicht länger erfolgen als im Betrieb. Auch die (ergonomischen)

78 Arbeitsschutzbedingungen müssen am heimischen Arbeitsplatz eingehalten werden.

79 Flexibilität kann eine große Chance für unsere Gesellschaft sein, wenn sie politisch zum Wohl  
80 der ArbeitnehmerInnen reglementiert wird. Dies ist ein großer politischer Auftrag für die  
81 Sozialdemokratie durch Industrie 4.0

82

### 83 **Atypischer Beschäftigung bekämpfen und somit Sozialversicherungssysteme sichern**

84 Als „atypische Beschäftigung“ gilt in der Bundesrepublik jedes Arbeitsverhältnis, das in  
85 mindestens einem Bezug von einem „Normalarbeitsverhältnis“ abweicht. Diese Abweichungen  
86 kategorisieren sich in *Teilzeitarbeit*, *Befristete Arbeit* und *Geringfügige Beschäftigung*. Diese  
87 Formen der Beschäftigung tragen zu leistungsbezogener Ungerechtigkeit für den Fall von  
88 Arbeitslosigkeit ebenso bei, wie sie Altersarmut wahrscheinlicher machen und die finanzielle  
89 Versorgung der Sozialkassen belastet. Sie weitestgehend abzuschaffen oder stärker zu  
90 reglementieren wäre ein großer Beitrag zur Steigerung der Gerechtigkeit in der zukünftigen  
91 Arbeitswelt.

92 In der sozialen Sicherung ist die Dauer einer Beschäftigungsform der entscheidende Faktor –  
93 weshalb gerade das bisherige Modell der Teilzeitarbeit den Staat vor gewisse Probleme im  
94 Bereich der Steuerung des Wohlfahrtsstaates stellt. Gerade Ehefrauen kommen heutzutage  
95 immer seltener in ein Teilzeitbeschäftigungsverhältnis, da sie die Option einer ‚geringfügigen  
96 Beschäftigung‘ (450€-Job) zunehmend vorziehen, da ein zweites Erwerbseinkommen in einer  
97 Partnerschaft nach den Regeln der geltenden Steuerklassen im Verhältnis hohe steuerliche  
98 Zusatzbelastungen sowie höhere Sozialbeitragszahlungen vermieden werden sollen – vor

99 diesem Hintergrund fordern die Jusos Hessen-Nord eine spürbare steuerliche Erleichterung von  
100 Menschen die beide erwerbstätig in einer eingetragenen Partnerschaft leben sowie die  
101 Abschaffung des diskriminierenden Ehegattensplittings!

102 Zwar stehen Teilzeitarbeit-ArbeitnehmerInnen in der Leistungsrelation gegenüber Vollzeit-  
103 ArbeitnehmerInnen besser da, da sie für weniger eingezahlte Beiträge denselben sozialen  
104 Leistungsanspruch besitzt, jedoch entspricht dies eben nur einer statistischen Arithmetik.  
105 Teilzeitarbeit birgt stets und wachsend das Risiko, dass durch die geringen geleisteten  
106 Rentenversicherungsbeiträge unzureichende Altersansprüche an die gesetzliche  
107 Rentenversicherung bestehen und damit Altersarmut provoziert wird.

108 Ein weiterer Nachteil von Teilzeitarbeit stellt sich dar, wenn vormals nicht-erwerbstätige  
109 Familienmitglieder eine Teilzeitstelle antreten, sind sie mit einem mal in vollem Umfang  
110 beitragspflichtig, obwohl sich ihr Anspruchsniveau damit im Vergleich zu Vormals in keiner  
111 Weise verbessern. Dies stellt aus Sicht der Jusos Hessen-Nord ein Hemmnis für den Wunsch  
112 verheirateter Nicht-erwerbstätiger dar, eine Teilzeiterwerbstätigkeit anzustreben. Aus diesem  
113 Grunde fordern wir eine Verbesserung des Leistungsanspruchs ab dem Moment der  
114 Beitragszahlung im Falle vorheriger Nicht-Erwerbstätigkeit als Familienmitglied sowie eine  
115 Senkung der steuerlichen Belastungen und Sozialabgaben für Menschen, die in eingetragenen  
116 Partnerschaften leben!

117 Eine Angelegenheit, die aus unserer Sicht auf keinen Fall beim Status-Quo belassen werden  
118 kann, ist die Situation der 450€-Jobber (geringfügig Beschäftigte). Diese können sich, sofern sie  
119 nicht pflicht- oder familienversichert sind, oftmals keine Krankenversicherung leisten – dies ist  
120 für eine derart prosperitäre Volkswirtschaft wie die der Bundesrepublik nicht akzeptabel!

121 Lediglich knapp 10% aller geringfügig Beschäftigten in Deutschland stockt freiwillig die  
122 Sozialbeitragszahlung auf, um eigene Ansprüche gegenüber dem Wohlfahrtsstaat zu steigern.  
123 Zwar ist die große Mehrheit der Mini-Jobber durch ein Familienversicherungsverhältnis  
124 abgesichert – dennoch sind dies in Deutschland 20% aller geringfügig Beschäftigten nicht!

125 Gerade im Osten der Republik ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass der/die PartnerIn von  
126 seiner-/ihrerseits geringfügig Beschäftigten selbst arbeitslos ist, als im Westen des Landes,  
127 weshalb die so genannte „abgeleitete Absicherung“ (durch Lebenspartner) in den auf dem  
128 Prinzip der Einkommensproportionalität aufbauenden Versicherungssystemen an ihre Grenzen  
129 stoßen. Die Kosten für Arbeitslosigkeit und Rente muss dann steuerfinanziert über die  
130 Solidargemeinschaft gezahlt werden. Auf diese Weise wird atypische Beschäftigung durch  
131 den/die SteuerzahlerIn in einem hohen Maße subventioniert. Minijobs sind somit zum Nachteil  
132 für die/den Angestellten sowie die gesamte Gesellschaft. Wir wollen daher die  
133 sozialversicherungsbefreiten Minijobs abschaffen.

134 Aber auch an anderen Beispielen macht sich die Ungerechtigkeiten eines atypischen  
135 Beschäftigungsverhältnisses deutlich. Im Falle der „Befristeten Beschäftigungsverhältnisse“  
136 beispielsweise. Durch Befristung werden in einem Erwerbsverhältnis die Regelungen des  
137 Elternzeitgesetzes unterlaufen. Es entfällt die Beschäftigungsgarantie und die Risiken der  
138 Elternschaft werden in Gänze auf die Eltern (vor allem die Mütter) abgewälzt. Dies kann zum  
139 Aufschub oder zum Verzicht auf Elternschaft führen!

140 Ein weiteres Problem im Kontext befristeter Beschäftigung ist, dass oftmals kein nahtloser  
141 Übergang in Anschlussstätigkeiten stattfindet, da sich auf befristete Verhältnisse häufig eine  
142 Erwerbsunterbrechung anschließt. Im Falle von Arbeitslosigkeit entsteht aber nur dann  
143 Anspruch auf ALG I, wenn mindestens 12 Monate innerhalb der Rahmenfrist von zwei Jahren in  
144 einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit gearbeitet wurde. Die unbegründete Befristung  
145 schafft somit soziale Unsicherheit und Armutsfallen. Wir wollen sie daher abschaffen. Befristete  
146 Arbeitsverhältnisse müssen zukünftige begründet werden.

147 Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Erwerbsarbeit ist in Deutschland seit Jahren  
148 rückläufig – sie wurde in der Tendenz von Formen geringfügiger Beschäftigung ersetzt! Ferner  
149 wächst auch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Einkommen, die im familialen  
150 Zusammenhang gerade ausreichen, um den Lebensstandard aufrechterhalten zu können. Aus  
151 diesem Grund reichen die beitragsgedeckten sozialen Absicherungen in Fällen von  
152 Arbeitslosigkeit oder Alter oft nicht mehr aus, um konkrete Armut zu vermeiden – Die  
153 Überwälzung der Lasten auf die steuerfinanzierte Sozialhilfe bzw. ALGII oder die  
154 bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter ist damit vorprogrammiert!

155 Ein Zustand, in dem eine erwerbstätige Person kontinuierlich Sozialbeiträge zahlt, sich aber  
156 aufgrund von zu schlechter Bezahlung im Bereich der gesetzlichen Rente auf dem Niveau der  
157 Grundsicherung befindet, für in jeder Hinsicht inakzeptabel und inhuman!  
158 Wir fordern deshalb ein Hinwirken der SPD auf eine deutliche Steigerung der Reallöhne sowie  
159 eine Rückkehr zur umlagefinanzierten Rentenversicherung unter Erhöhung der Beiträge bei  
160 ausgleichender Verringerung der Lohnsteuer! Nur durch die deutliche Reduzierung von  
161 atypischer Beschäftigung werden wir in einer zukünftigen Arbeitswelt in die Lage versetzt,  
162 Arbeitszeit von Menschen reduzieren zu können.

163

#### **Datenschutz als Herausforderung**

165 Wir befinden uns auf den Weg zu einer digitalisierten Wirtschaft und Gesellschaft. Riesige  
166 Mengen an Daten werden gesammelt und ausgewertet. Die Daten machen uns als  
167 Konsumenten und ArbeitnehmerInnen immer gläserner. Durch gesammelte Daten erkennt man  
168 die Produktivität von Angestellten sowie ihre Stärken und Schwächen. Die Daten können die  
169 Position der Angestellten im System der Wirtschaft weiter schwächen. Auch hier muss die  
170 Sozialdemokratie handeln. Wir wollen ein explizites Gesetz in dem der  
171 ArbeitnehmerInnenschutz geregelt und damit garantiert wird. In einem solchen Gesetz ist  
172 unter anderem zu verankern:  
173- welche Daten zum Zweck der Beschäftigung erhoben und gespeichert werden dürfen  
174- es untersagt das Ausspähen von Sozialräumen der Angestellten  
175- unterbindet überwachende Videoaufzeichnungen vom Arbeitsplatz  
176- unterbindet das Ausspähen von Telefonaten  
177- unterbindet Erstellen von Profilen der Angestellten auf Basis von Internetdaten der Angestellten.  
178 Datenschutz ist auch Schutz von Angestellten. Hier muss die Sozialdemokratie verstärkt  
179 Position beziehen.

180

#### **Arbeit 4.0 ist eine Chance für die Sozialdemokratie**

182 Die Arbeitswelt steht vor einem großen Wandel. Diesen zu gestalten und dabei die Verhältnisse  
183 der ArbeitnehmerInnen zu verbessern ist Aufgabe der Sozialdemokratie. Durch glaubwürdige  
184 Antworten und Konzepte gegenüber den Risiken und Chancen der neuen Arbeitswelt, können  
185 wir uns wieder als Partei der Arbeit und der ArbeiterInnen positionieren. Soziale Gerechtigkeit  
186 beginnt mit guter Arbeit. Lasst uns die neuen Herausforderungen als Chance sehen und  
187 Verbesserungen für die vielen Arbeitenden Menschen erreichen.

188

189

190

191

192

#### **Begründung:**

194

195

196

197  angenommen

198  abgelehnt

199  überwiesen an

200

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda**

Antrag: A 2

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Wahlarbeitszeitgesetz

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Die SPD möge sich für die Schaffung eines Wahlarbeitszeitgesetzes einsetzen. Wahlarbeitszeit  
4 bedeutet, dass jede\*r Beschäftigte eine individuelle Normalarbeitszeit zwischen 32 und 40  
5 Wochenstunden frei und ohne Angabe besonderer Gründe wählen kann. Die festgelegte  
6 Arbeitszeit ist in der Folge für einen Zeitraum von zwei Jahren verbindlich und kann nur im  
7 Einvernehmen beider Vertragsparteien geändert werden.

8  
9 **Begründung:**

10  
11 Eine zunehmende Ausdifferenzierung und Individualisierung von Lebensläufen und Arbeitswelt  
12 ist offensichtlich. Daraus ergeben sich – gerade für die Generation in der Lebensmitte –  
13 spürbar gestiegene Anforderungen und Wünsche an die zeitliche Verfügbarkeit am  
14 Arbeitsplatz, in der Familie, in der Partnerschaft oder bürgerschaftlichem Engagement.  
15 Progressive Politik sollte schlüssige Antworten auf diese Zeitkonflikte entwickeln und allen  
16 Beschäftigten mehr Zeitsouveränität ermöglichen. Ein Wahlarbeitszeitgesetz würde eine flexible  
17 und individuell gestaltbare Rahmenregelung darstellen, die die starren Vorgaben der bisherigen  
18 Normalarbeitszeit ersetzt.

19  
20  angenommen  
21  abgelehnt  
22  überwiesen an

23

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda**

Antrag: A 3

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Steuersystem neu erfinden: Steuerpflicht an Staatsbürgerschaft koppeln

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Wir beantragen, dass die Steuerpflicht in Deutschland an die Staatsbürgerschaft gekoppelt  
4 wird, nach dem Vorbild der USA. Jede\*r mit der deutschen Staatsbürgerschaft muss, auch  
5 wenn er/sie im Ausland gemeldet ist, hier Steuern zahlen. Die Differenz zu dem was er/sie in  
6 seiner/ihrer Wahlheimat als Steuern abzuführen hat zu dem was er/sie in Deutschland  
7 abzuführen hat muss er/sie trotzdem in Deutschland bezahlen.

8

9 **Begründung:**

10

11 Erfolgt mündlich.

12

13  angenommen

14  abgelehnt

15  überwiesen an

16

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda**

Antrag: A 4

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Lücken im Schutzbereich der Unternehmensmitbestimmung schließen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die SPD möge die Forderung des DGB, Unternehmensmitbestimmung auf Unternehmen  
4 ausländischer Rechtsform mit Verwaltungssitz in Deutschland auszudehnen, umsetzen.

5

6 **Begründung:**

7 Die Rechtsprechung des EuGH zur Niederlassungsfreiheit sichert Unternehmen mit einer  
8 Rechtsform aus einem anderen EU-Mitgliedsstaat zu, in Deutschland operativ zu betätigen. Da  
9 die Arbeitnehmer\_innenbeteiligung im Aufsichtsrat an den Regelungen am Satzungssitz  
10 geknüpft ist, besteht in Deutschland die Möglichkeit einer allmählichen Zurückdrängung der  
11 Mitbestimmung. Eine GmbH mit einem Satzungssitz in den Niederlanden und einem  
12 Verwaltungssitz in Deutschland ist vom Mitbestimmungsgesetz etwa nicht betroffen. Daher ist  
13 es konsequent, ein Mitbestimmungserstreckungsgesetz zu fordern.

14

15

16  angenommen

17  abgelehnt

18  überwiesen an

19



**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen**  
**Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda**

Antrag: A 5

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Leiharbeiternehmer\*innen bei Berechnung von ALG I besserstellen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Die SPD soll eine Änderung des Sozialgesetzbuches III dahingehend anstreben, dass für die  
4 Berechnung von Arbeitslosengeld I die Höhe etwaiger Lohnzahlungen des Verleihers in Zeiten  
5 in denen der Leiharbeiternehmer nicht vermittelbar ist (Inaktivlohn) nicht berücksichtigt werden.  
6 Eine Berücksichtigung dieser Löhne soll lediglich nur noch für die vom Gesetz geforderte  
7 sozialversicherungspflichtige Mindestzeit von 12 Monaten Anwendung finden. Dies hat eine  
8 Erhöhung der ALG I Bezüge von Leiharbeitnehmern zur Folge.

9  
10 **Begründung:**

11  
12 Der Status und die Behandlung von Leiharbeitnehmern ist in vielerlei Hinsicht fragwürdig: Sie  
13 haben kaum Kündigungsschutz und verdienen in den aller meisten Fällen deutlich weniger als  
14 festangestellte Arbeitskräfte, die genau die gleiche Arbeit verrichten. Umso mehr ist die Politik  
15 gefragt zumindest die staatliche Unterstützung für diejenigen fairer zu gestalten, die bereits auf  
16 dem Arbeitsmarkt benachteiligt wurden und dann in Arbeitslosigkeit fallen.

17  
18 Ist ein Leiharbeiternehmer eine gewisse Zeit nicht vermittelbar, so bekommt er von seinem  
19 Leiharbeitsunternehmen weiterhin Lohnzahlung. Dieser vom Verleiher gezahlte Inaktivlohn liegt  
20 weit unter dem was ein Leiharbeiternehmer während aktiver Arbeitszeit bei einem Entleiher  
21 verdient und drückt somit bei späterer Inanspruchnahme von ALG I die Höhe der Bezüge. Wir  
22 fordern nun, solche Inaktiv Löhne der Höhe nach bei der Berechnung von ALG I nicht mehr zu  
23 berücksichtigen.

24 Zur Erläuterung das folgende Beispiel einmal nach heutiger Gesetzeslage und einmal mit  
25 unserer geforderten Änderung:

26  
27 Innerhalb eines Jahres arbeitet Leiharbeiternehmer A insgesamt 9 Monate und verdiente  
28 durchschnittlich 1700€ brutto im Monat. Weitere 3 Monate setzen sich aus Zeiten zusammen in  
29 denen er nicht verliehen wurde. Für diese Zeiten erhielt er durchschnittlich 600€ Inaktivlohn pro  
30 Monat. A ist ledig und hat keine Kinder. Die Berechnung (unter Beachtung der  
31 Sozialversicherungspauschale, Lohnsteuer und des Solidaritätszuschlags) ergibt einen  
32 Monatlichen ALG I Anspruch in Höhe von 563,70€

33  
34 Würde man wie von uns gefordert bei der Berechnung den Inaktivlohn nicht berücksichtigen,  
35 sodass sich das durchschnittliche Einkommen erhöht, so würde sich im gleichen Fall ein  
36 monatlicher ALG I Anspruch in Höhe von 653,76€ ergeben.

37  
38 Diese Veränderung ist mehr als überfällig. Arbeiter, die mindestens 12 Monate unter  
39 Leiharbeitsbedingungen gearbeitet haben und dann in Arbeitslosigkeit fallen, müssen gute  
40 Chancen haben sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dies gelingt umso besser, desto

41 geringer der finanzielle Druck ist. Insbesondere, da Leiharbeiter sowieso schon in etlicher  
42 Hinsicht benachteiligt werden, ist es nicht sozial gerecht, dass ein niedriger Lohn dem  
43 Arbeitnehmer später bei der sozialen Sicherung weiterhin Probleme bereitet.

44

45  angenommen

46  abgelehnt

47  überwiesen an

48

## **O Organisation und Partei**

O1	Der Basis eine Stimme geben	Bezirksvorstand
O2	Wir delegieren nur Genoss*innen zum Parteikonvent, die sich an Parteitagsbeschlüsse halten	
O3	Nominierung von Delegierten auf Parteiebene	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
O4	Keine Spenden von Kriegstreibern	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
O5	Jusos bunter machen	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: O 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Bezirksparteitag

Betr.: Der Basis eine Stimme geben: Keine hauptamtlichen Mandatsträger\*innen zum Konvent

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord möge beschließen, dass sich seine Delegation für den  
4 Parteikonvent ausschließlich aus ehrenamtlich tätigen Genoss\*innen zusammensetzt.  
5 Hauptamtliche Mandatsträger\*innen kommen nicht mehr als stimmberechtigte Delegierte zum  
6 Parteikonvent in Frage.  
7 Die Unterbezirke schlagen dem Bezirk zukünftig nur Delegierte vor, die dieses Kriterium  
8 erfüllen; hauptamtliche Mandatsträger\*innen werden dem Bezirksparteitag ab sofort nicht mehr  
9 zur Wahl vorgelegt.

10  
11  
12 **Begründung:**

13 Der Parteikonvent wurde mit dem ambitionierten Ziel geschaffen, die Parteibasis zwischen den  
14 Bundesparteitagen in die inhaltliche und organisatorische Ausrichtung der Partei  
15 einzubeziehen. Der Blick auf die jeweilige Zusammensetzung zeigt jedoch, dass die  
16 Schnittmenge erheblich war und beim Konvent ebenso wie beim Parteitag hauptamtliche  
17 Mandatsträger\*innen überproportional berücksichtigt waren. Die politische Konsequenz daraus  
18 wurde im vergangenen Jahr deutlich, als die Parteiführung die Debatte zur  
19 Vorratsdatenspeicherung zu einer persönlichen Schicksalsfrage stilisierte – was legitim  
20 gewesen wäre, wäre sie damit tatsächlich den ehrenamtlichen Repräsentant\*innen ihrer Basis  
21 gegenüber getreten.

22 So aber befanden sich diverse Abgeordnete in einer enormen Drucksituation zwischen den  
23 Erwartungen der Parteispitze, mit der die eigene Zukunft mehr oder weniger verknüpft ist, und  
24 dem Votum der Parteigliederungen, die zu vertreten ihre eigentliche Aufgabe war. In der  
25 nordhessischen wie auch in den meisten anderen Delegationen stimmten daher viele  
26 hauptamtlichen Mandatsträger\*innen explizit gegen die nur wenige Wochen zuvor errungenen  
27 Beschlusslagen ihrer Bezirke oder Landesverbände.

28 Wir wollen, dass diese Beschlusslagen wieder ernst genommen werden, dass „die Basis“ auch  
29 auf der Bundesebene eine wirkliche Stimme bekommt. Dies gelingt nur, wenn wir die  
30 hauptamtlichen Mandatsträger\*innen aus dieser Verantwortungsabwägung befreien und  
31 Ehrenamtlichen die Vertretung unseres Bezirks auf dem Konvent anvertrauen.

- 32  
33  
34  
35  angenommen  
36  abgelehnt  
37  überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda**

Antrag: O 2

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag

Betr.: Wir delegieren nur Genoss\*innen zum Parteikonvent, die sich an Parteitagsbeschlüsse halten

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Wir fordern alle Jusos und die SPD in Hessen-Nord auf, nur diejenigen Genoss\*innen zum  
4 SPD-Parteikonvent zu delegieren, die sich an Parteitagsbeschlüsse halten.

5

6 **Begründung:**

7

8 Die Mehrheit der Delegierten auf dem SPD-Parteikonvent hat entgegen anderslautender  
9 Beschlüsse der sie delegierenden Partei-Ebenen der Wiedereinführung der  
10 Vorratsdatenspeicherung (VdS) zugestimmt. Auch in Hessen-Nord ist das passiert. Auf dem  
11 vorhergehenden Bezirksparteitag haben wir mit breiter Mehrheit und unter großem Applaus der  
12 anwesenden Parteibasis einen Beschluss gefasst, der die VdS unzweifelhaft ablehnt. Die  
13 Bedeutung dieser anstehenden Entscheidung auf dem Parteikonvent war anhand der über  
14 Jahre mehrere hinweg laufenden Debatte eindeutig: es war eine vor allem für junge  
15 Parteimitglieder und netzpolitisch Interessierte eine Grundsatzentscheidung. In solchen Fällen  
16 erwarten wir von unseren Delegierten, Parteitagsbeschlüsse auch umzusetzen. Passiert das  
17 nicht, funktioniert innerparteiliche Demokratie von unten nach oben nicht. Damit sehen wir  
18 elementare demokratische Prinzipien außer Kraft gesetzt.

19 Diese Abstimmung halten wir für derart gravierend, dass wir uns gezwungen sehen  
20 Konsequenzen zu ziehen: wer entgegen des Parteitagsbeschlusses der Wiedereinführung der  
21 VdS auf dem Parteikonvent zugestimmt hat, wird von uns für eine erneute Kandidatur für eben  
22 dieses Gremium keine Unterstützung erhalten. Viel mehr werden wir Gegenkandidaturen  
23 organisieren und für deren Wahl werben.

24 Das Abstimmungsverhalten mehrerer nordhessischer Delegierten beim SPD-Parteikonvent zur  
25 Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung entgegen eines eindeutigen Beschlusses der  
26 delegierenden SPD-Ebene, kritisieren wir.

27

- 28  angenommen  
29  abgelehnt  
30  überwiesen an

31

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen**  
**Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda**

Antrag: O 3

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso-Bezirkskonferenz

Betr.: Nominierung von Delegierten auf Parteiebene

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Die Jusos fordern mit diesem Antrag eine Trennung von hauptamtlichem Mandat und einem  
4 Delegierten-Mandat. Dies soll die Demokratie fördern, die Basisdemokratie stärken und  
5 Interessenskonflikte verhindern.

6  
7 **Begründung:**

8  
9 Die Demokratie ist eine hohes Gut und wir als Jusos haben uns dazu verpflichtet, diese zu  
10 stärken, zu gestalten und auch dazu, die Demokratie gegenüber radikalen Gruppen  
11 verschiedener Strömungen verteidigen. Zur Demokratie gehört es aber auch parteiinterne  
12 demokratische Grundzüge festzulegen und zu diskutieren. Die Basis der SPD ist der wichtigste  
13 Bestandteil unserer Partei. In Zeiten globaler Themen und Themen, die einen Eingriff in das  
14 öffentliche Leben bedeuten, muss diese Basisdemokratie gestärkt werden. Die Diskussionen  
15 um T-TIP und auch um die Vorratsdatenspeicherung haben gezeigt, wie wichtig die  
16 Diskussionen mit Beteiligung der Parteibasis sind.

17 Diskussionen mit dieser Beteiligung müssen vermehrt geführt werden, damit bestimmte  
18 politische Themen intensive voran gebracht werden. Um dies zu erreichen, ist es nötig, dass  
19 es eine Trennung zwischen hauptamtlichen Abgeordneten der SPD und ehrenamtlichen SPD  
20 Mitgliedern in der Frage der Nominierung der Delegierten für Parteikonvente, Bundesparteitage  
21 und Landesparteitage gibt. Dies soll die demokratischen Prinzipien der Partei stärken und  
22 verhindern, dass es zu Interessenkonflikten kommt. Es soll verhindert werden, dass  
23 Bundestags- und Landtagsabgeordnete, die von Ihnen vertretenen Politik einer Diskussion mit  
24 der Parteibasis zu entziehen und im Falle einer Nominierung als Delegierte Ihres  
25 Unterbezirkes, eine Zustimmung zu einem Antrag geben, der nicht die Unterstützung der  
26 Mehrheit der Parteimitglieder eines Unterbezirkes hat.

27 Alle Anträge sollten der Parteibasis zur Diskussion gestellt werden, damit sich die  
28 Parteimitglieder mit diesen Vorschlägen auseinandersetzen können, um diesen dann zu  
29 zustimmen oder sie abzulehnen. Delegierte sollten so bestimmt werden, dass die Meinung der  
30 Parteibasis einen Unterbezirkes am besten vertreten wird und die Delegierten im Sinne der  
31 Parteibasis abstimmen und nicht im Sinne der Hauptamtlichen Mandatsträger.

- 32
- 33  angenommen
- 34  abgelehnt
- 35  überwiesen an

36

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda**

Antrag: O 4

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz,  
SPD-Landesparteitag, Juso-Bundeskongress,  
SPD-Bundesparteitag

Betr.: Keine Spenden von Kriegstreibern

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Wir fordern die SPD auf zukünftig keine Spenden von Waffenhersteller für den Export und  
4 Unternehmen anzunehmen die nicht in Einklang mit den Werten der SPD stehen. Wir fordern  
5 die SPD dies auch als ein Ziel für die zukünftige Regierungsbeteiligung für alle Parteien  
6 durchzusetzen.

7

8 **Begründung:**

9

10 Wir verstehen uns als Sozialdemokraten im Einklang mit dem Hamburger Programm der SPD,  
11 Punkt 9 aus dem Hamburger Programm "Die Sozialdemokratie ist sich der gewachsenen  
12 Verantwortung Deutschlands für den Frieden in der Welt bewusst. Wir nehmen diese  
13 internationale Rolle aktiv an. Die SPD ist Friedenskraft in Deutschland und Europa. Jegliche  
14 Form von Angriffs- und Präventivkriegen lehnen wir ab. Krieg darf kein Mittel der Politik sein."  
15 Mit Auge auf wachsende Exportzahlen im Waffenbereich und mit einem SPD Minister im Resort  
16 das die Exporte genehmigen muss darf es sich die SPD nicht in eine Position begeben sich  
17 dem Vorwurf frei zugeben dass Politik durch Spenden beeinflusst werden kann. Auch darf nicht  
18 der Eindruck entstehen, dass sich Waffenhersteller für den Export einkaufen können in  
19 sozialdemokratische Politik. Durch einen klaren Hebel und eine Trennung besteht hier die  
20 Möglichkeit Glaubwürdigkeit zu wahren und auszubauen und durchsetzen eines Zeichens auch  
21 klar für die sozialdemokratischen Werte des Hamburger Programmes einzutreten.

22

23  angenommen

24  abgelehnt

25  überwiesen an

26

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen**  
**Ord. Bezirkskonferenz 2016 • Rotenburg an der Fulda**

<u>Antrag:</u>	O 5
<u>Antragsteller:</u>	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
<u>Adressat:</u>	Juso-Landeskonferenz
<u>Betr.:</u>	Jusos bunter machen - Aktionsprogramm zur Attraktivität des Juso-Verbandes

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Der Vorwurf, Jusos seien in ihrer Mehrheit männliche Studierende der Politikwissenschaft mit  
4 deutschem Pass ist ein Stereotyp, der zu häufig der Wirklichkeit entspricht. Debatten verlaufen  
5 auf vielen Ebenen zu akademisch. Vorstände und Delegationen kämpfen wiederholt mit der  
6 Erfüllung der Frauenquote. Juso-Gruppen bilden in vielen Kommunen und Unterbezirken in  
7 ihren Mitgliedern nicht die gesamte junge Gesellschaft ab. Das ist ein Problem mit mehreren  
8 Konsequenzen: Einerseits fällt es einer weitestgehend homogenen Gruppe schwer  
9 unterschiedliche Lebensentwürfe in allen Diskussionen mitzudenken. Andererseits trägt eine  
10 derart homogene Gruppe die Gefahr in sich, für Menschen mit anderen Merkmalen nicht  
11 übermäßig attraktiv zu wirken. Beide Tendenzen verstärken einander.

12  
13 Diesem Problem wollen wir uns stellen. Unser Ziel ist es, den Juso-Verband im UB Marburg-  
14 Biedenkopf bunter zu machen. Das heißt, wir wollen attraktiver werden für Menschen, die nicht  
15 dem oben genannten Stereotyp entsprechen. Wir wollen attraktiv sein für alle Geschlechter, für  
16 alle Lebensentwürfe und -wege. Wir wollen das warme Zuhause für alle jungen Menschen mit  
17 linken Überzeugungen sein. Dieses Papier soll dafür eine Grundlage bilden. Es soll als  
18 Thesenpapier dienen und zum Diskutieren anregen. Am Ende einer möglichst breit geführten  
19 Debatte sollen konkrete Maßnahmen stehen, die für diesen und andere Unterbezirke  
20 anwendbar sind.

21  
22 **Innerverbandliche Strukturen hinterfragen und Missstände offen ansprechen**

23 Welche Art von Debatten wollen wir? In welcher Weise kann eine Diskussionskultur Einfluss  
24 auf die Offenheit des Verbandes gegenüber Neumitgliedern haben?

25 Wie vermeiden wir den Eindruck, es handle sich mehr um Machtkämpfe als um inhaltlichen  
26 Austausch? Wie stellen wir einen größtmöglichen Konsens her?

27 An welcher Stelle können feste Quoten helfen Unterrepräsentanzen einzudämmen? Ist  
28 beispielsweise eine Geschlechterquote ein Mittel zur Steigerung der Akzeptanz von Quoten?

29 Kann die Einführung eines regelmäßigen anonymen Feedbacks zum Beispiel über eine  
30 Feedback-Box die Qualität von Sitzungen steigern und bei der Benennung von Problemen  
31 helfen?

32  
33 In welcher Weise kann die Auswahl von Themen demokratisiert werden? Wie lässt sich  
34 größtmögliche Transparenz und Fairness sicherstellen?

35 Wie können wir sicherstellen, dass die Erwartungen an unsere Mitglieder in verantwortlichen  
36 Positionen nicht übertrieben, sondern mit unseren Ansprüchen an gute Arbeit vereinbar sind?

37 Wie können wir Teilhabe für Menschen mit unterschiedlichen zeitlichen Möglichkeiten  
38 sicherstellen? Wie können wir also Eltern, berufstätige oder in anderen Vereinen engagierte  
39 Menschen mit nur wenig Zeit für sie und den Verband sinnvoll einbinden?

40 In welcher Weise haben Sitzungszeiten Einfluss auf eine möglichst große Teilnahme?



41 Kann eine Umfrage unter Mitgliedern einen wertvollen Beitrag zur Identifizierung von  
42 Missständen leisten?  
43 Kann ein Awareness Team vermittelnd wirken und Debatten entschärfen?  
44 Wie können wir diese Form der Selbstreflexion verstetigen?  
45 Wie können wir Fragen von Diskriminierung in allen Teilen des Verbandslebens ansprechbar  
46 machen? Wie kann dieser lila Faden konkret aussehen?  
47 Wie können wir die Vernetzung von Frauen, Migrant\*innen, Schüler\*innen, Azubis und weiteren  
48 unterrepräsentierten Gruppen innerhalb des Verbandes stärken?  
49 Wie können Einladungen möglichst ansprechend gestaltet werden? Wann ist der ideale  
50 Zeitpunkt, was die ideale Plattform und welche die ideale Ansprache? Können gemeinsame  
51 Mindeststandards für Einladungen vereinbart werden?  
52 Wie können wir einen Austausch mit anderen Juso-nahen Gruppen verstetigen?  
53

#### 54 **Innerverbandliche Bildungsarbeit stärken**

55 Wie können mehr Jusos von Bildungsangeboten profitieren?  
56 Wie kann eine Bildungskoooperation mit anderen Ebenen der Jusos, der SPD, der FES, des  
57 DGB und anderer uns nahestehenden Organisationen aussehen?  
58 Wie können wir den Zugang zu Praktika in der Politik für unsere Mitglieder verbessern?  
59 Kann ein Mentoring-Programm für alle Neumitglieder erfolgreich sein? Wie kann das  
60 aussehen?  
61 Wie können wir die Vernetzung innerhalb der Jusos vor Ort, im Bezirk und innerhalb der Partei  
62 stärken?  
63

#### 64 **Gesellschaftliche Debatten im Verband abbilden**

65 Wie stellen wir sicher, dass wir regelmäßig klare und öffentlich vernehmbare Positionierungen  
66 vornehmen und gleichzeitig ein auf breibestmöglichem Konsens basierter Verband vor Ort  
67 bleiben?  
68 Welche Aspekte der Gleichstellungspolitik sind für uns besonders wichtig?  
69 Wie lässt sich die Vereinbarkeit von Beruf, Ehrenamt und Familie innerverbandlich verbessern?  
70 Wie lässt sich die Vereinbarkeit von Studium/Ausbildung/Schule und Ehrenamt  
71 innerverbandlich verbessern?  
72 Wie können wir Themen bei uns vorbildhaft umsetzen, in der Partei durchsetzen und  
73 gesellschaftlich bewerben?  
74 An welchen Stellen ist ein parteikritischer Impetus vorteilhaft, an welchen Stellen schädlich?  
75

#### 76 **Aktive Mitgliederwerbung betreiben**

77 Auf welche Weise kann Werbung für jede einzelne Sitzung und Aktion die größte Reichweite  
78 erhalten?  
79 Wie können wir die Mitgliedschaft in unserem Verband effektiv bewerben?  
80 Wie kann gezielte Werbung, z.B. das Ansprechen von Frauen auf Lady's Nights, das Verteilen  
81 von Flyern in Bars, vor Schulen oder bei Ersti-Wochen, aussehen, ohne, dass sie peinlich wird?  
82 Wie können wir Netzwerke zu typischen Arbeiter\*innen-Organisationen wie z.B. Arbeiterkind  
83 aufbauen?  
84  
85 Wie können wir das Interesse unserer privaten Freund\*innen an den JUSOS wecken?  
86 Wie kann selbstbewusste Werbung für die Jusos aussehen? Was läuft bei uns gut? Wofür sind  
87 wir wichtig? Was kann man durch uns verändern? Wie können wir die vielfältigen, auch  
88 freizeithen, Aktivitäten bewerben um zu zeigen, dass bei uns mehr passiert als sterile Politik?  
89 Welche Tipps können Best Practice-Beispiele anderer Juso-Gruppierungen einbringen?  
90 Wie können wir die Prominenz unserer Mandatsträger\*innen für unsere Zwecke nutzen?  
91 An welchen Stellen kann es besonders sinnvoll sein Unterschiede zu anderen Parteien deutlich  
92 zu machen?  
93

#### 94 **Begründung:**

95 Erfolgt mündlich.

96